

# Volksstimme

Wahlnummer

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Paul Hermann, für Anzeigen: B. Lindau, Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., sämtlich in Magdeburg, Große Mühlstraße 3, Fernruf Nr. 28861. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatlich 1,95 RM., frei Haus 2,10 RM., Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise: 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 18 Pf., auswärts 15 Pf. Familienanzeigen und

Stellenangebote 8 Pf. Restame 1 mm Höhe und wenn nicht binnen 14 Tagen nach Rechnungs-Ausschluss. — Für Erscheinen der Anzeigen an Platzvorrat unversichtlich. — Erfüllungsort: Magdeburg. — Preis 10 Pf. — Rabatt nicht verloren, Anzeigen unterm Text 8 Pf. Prozentige Ausgabe keine Gewähr. — 122 (W. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 172

Magdeburg, Sonnabend/Sonntag, den 23./24. Juli 1932

43. Jahrgang



## Was alles auf dem Spiele steht

Wenn der Nationalsozialismus wirklich zur Macht gelangt, was dann in Deutschland geschieht, das ging deutlich aus dem geheimen Dokument der Berliner Nazi-Führung hervor, das wir gestern veröffentlichten. Hier nochmals der Weg des Hungers und Mordes, der dort aufgezeichnet war: Löhne des Jahres 1900! Den Arbeitslosen täglich 60 Pfennig Unterstützung einschließlich Frau und Kindern. Juden, Frauen und Jugend unter 18 Jahren erhalten nichts! Jugend über 18 Jahre wandert in das militärische Arbeitshaus! Verbot der Gewerkschaften und Ende des Arbeitsrechtes. Ende jeder persönlichen Freiheit, Ende der Arbeiterbewegung, Sammellager für „Arbeitsunwillige“ und politische Gegner, mit Kriegsgefangenenkost, Kriegsgefangenenbehandlung und Strafkompanien: ganz Deutschland ein Zuchthaus, die deutschen Arbeiter und Angestellten ein Sklavenheer, die Jugend ein Bataillon mißhandelter und ausgebeuteter Rekruten, Braune Häuser die Regierungsgebäude, SA-Stäbe ihre Insassen: Das ist das Dritte Reich und so ist der Plan fix und fertig. Worüber die Herren, nach dem von uns veröffentlichten Schriftwechsel streiten, das ist lediglich, wie diese Paragraphen am zweckmäßigsten zurechtgestutzt werden müssen.

Gäßen wir nicht die Tatsachen und Ereignisse der vergangenen Woche hinter uns, viellecht gäbe es Menschen, die an der Echtheit der veröffentlichten Dokumente zweifeln könnten. Aber die Sprache der letzten Tage ist zu hart und wahr, als daß noch irgendeine Illusion möglich wäre. Der Terror ist da, die neuen Trefsen der SA, das Ende der Demokratie, alles ist da, alles ist allzu wahr, und zu wahr sind die Stunden von frischen Gräbern des SA-Mordes und des Bürgerkrieges und die Tränen, geweint von den Witwen und Waisen unserer gemordeten Söhne, Väter und Brüder!

Die Toten beklagen wir, aber die Lebenden mahnen wir! Bezählt und gewogen wird zum letztenmal am 31. Juli. An diesem Tag entscheidet sich, ob unsre Brüder umsonst gefallen oder ob sie weiterleben, in uns selbst und in der deutschen Arbeiterbewegung. An diesem Tag entscheidet sich, ob wir Spreu sind oder Weizen, ob wir Hammer sein wollen oder Amboss, freie deutsche Menschen oder rechtlose, hungernde Sklaven.

Und es muß hier auch noch einmal darauf hingewiesen werden, wie notwendig auch in staatspolitischer Beziehung die Wahl am 31. Juli ist. Es macht sich jeden Tag deutlicher bemerkbar, daß Hakenkreuzler und andre Feinde der Demokratie alles daransetzen, die Wahl zu verhindern. Sie fürchten das Urteil des erwachten Volkes am 31. Juli. Das Volk, das den Stimmzettel abgibt, ist unangreifbar, das ist der große Kummer der Diktatur- und Gewaltpolitiker. Da sind Gewehre vollkommen wirkungslos. Und das Urteil, das aus der Wahlurne herauskommt, ist eben doch ein dringendes Gebot. Darüber helfen auch keine abenteuerlichen Pläne hinweg.

Es sind jetzt die verwegensten Parolen in Umlauf. Ein Flugblatt, das gestern in Magdeburg verbreitet wurde, behauptete, der Hohenzoller aus Doorn käme wieder. Selbstverständlich ein Bluff, denn diesen Hohenzoller wollen selbst die beschränktesten Monarchisten nicht. Der Flugblattverbreiter wurde verhaftet. In anderer Weise wird versucht, die Bevölkerung zu beunruhigen. Darum kann nur immer wieder dringend gemahnt werden: Laßt euch nicht provozieren. Eure Gegner wollen T um U k e, damit die Wahl verhindert werden kann. Einige Zusammenstöße auf der Straße und schon wäre ein Aufschub der Wahl auf wer weiß wie lange rechtlich und sicherheitspolitisch begründet.

Es würde damit auch noch eine andre Wirkung ausgelöst. Die Aktion der Reichsregierung gegen Preußen hat bekanntlich zu Einmäandern und protesten anderer Länderregierungen, besonders süddeutscher geführt. Die Länder wehren sich und wollen eine rechtliche Klärung herbeiführen. Diese Situation würde sich sofort ändern, wenn sich Volksgenossen in begreiflicher Entrüstung und Erregung zu unüberlegten Handlungen hinreißen ließen. Dann wäre das Problem Reichsregierung und Länder, der Protest und die Klärungsaktion aus der Öffentlichkeit verschwunden und die Welt sähe die Einheitsfront der Regierungen gegen die „ordnungsfeindlichen Elemente“. In Berlin wäre man dann eine große Sorge los, und eine wichtige staatspolitische Frage bliebe zunächst wieder unentschieden.

Wenn die Bemühungen gegen die Wahl doch zu einem Erfolg führen sollten — der nur Schaden bringen könnte —, dann müssen ganz deutlich und zweifelsfrei die Schuldigen auf der andern Seite zu sehen sein.

Wenn am 31. Juli das Volk unzweideutig sich für verfassungsmäßige und demokratische Staatsverwaltung erklärt, müssen alle Regierungen und Machthaber damit rechnen. Hier kommt es nicht so sehr auf Einsicht und politische Ueberzeugung an, als auf die politischen Bindungen, die in der Vertknüpfung und auch im Widerstreit von politischen und wirtschaftlichen Interessen liegen und über die Landesgrenzen hinausführen. Es ist keine Regierung für sich allein da und keine Regierung kann es wagen, die Verantwortung auf sich zu nehmen, die sie tragen müßte, wenn

sie ihre Handlungen einer unzweideutigen und entschiedenen Willenskundgebung des Volkes bei einer gesetzlich verhängten Wahl entgegensetzte. Nur muß die Entscheidung bei der Wahl klar und deutlich sein. Das war bei den letzten Wahlen, die beeinflusst waren vom Terror und der Lüge der Nazis und von dem großen Schrecken vor der Wirtschaftskrise, nicht der Fall. Schafft nun Klarheit und kämpft für den Sieg der Wahrheit am 31. Juli. Das ist ein Kampf, der siegreich werden muß, wenn er mit heiliger Leidenschaft, mit allem Opfermut geführt wird, dessen wir Menschen fähig sind.

Denkt daran, was auf dem Spiele steht! Im Namen unsrer Toten, im Namen der Freiheit: Vorwärts und durch!

## Bapen stellt sich dem Ueberwachungsausschuß

### Er stellte zunächst Bedingungen, ließ sie dann aber fallen

Der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der am Freitagnachmittag im Reichstag versammelt war, hat sich auf Montagmittag 2 Uhr verlegt, nachdem der Reichskanzler v. Bapen die Zusage gegeben hatte, entsprechend der Aufforderung des Ausschusses zu dieser Sitzung zu erscheinen.

Der Ausschuß, an dessen Verhandlungen die Nationalsozialisten und ihre getreuen Gefolgsleute nicht teilnahmen, hat zunächst einstimmig bei Stimmhaltung des Abgeordneten von Lindener-Wilbau den Standpunkt vertreten, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen worden sei. Der Ausschuß hat damit zugleich die Sabotageversuche des bisherigen Vorsitzenden Straßer zurückgewiesen.

Bevor in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten wurde, beschloß der Ausschuß — wieder gegen die Stimme des Herrn von Lindener — den Reichskanzler, den Reichsminister des Innern und den Reichswehrminister zu laden. Nun gab es zunächst ein etwas merkwürdiges Hin und Her. Es dauerte längere Zeit, bis eine Antwort des Reichskanzlers, auf den es natürlich in erster Linie ankam, einging. Sie wurde dann in Gestalt eines Briefes an den Reichstagspräsidenten abgegeben. In diesem Schreiben hieß es, daß die Mitglieder der Reichsregierung bereit seien, sich an den Beratungen insoweit zu beteiligen, als der Gegenstand der Beratungen sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Ausschusses halte.

Die Auserlegung einer solchen Bedingung entspricht weder der Geschäftsordnung noch der Verfassung. Der Ausschuß lehnte es dementsprechend sofort — wiederum einstimmig — ab, der Reichsregierung das Zugeständnis zu machen, ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig zu machen.

Neue Verhandlungen mit der Reichskanzlei mit dem Ergebnis, daß Herr v. Bapen erklären ließ, er werde zu dem fest-

gesetzten Termin am Montag erscheinen, ohne Bedingungen zu stellen.

Vorher hatte es noch ein Zwischenpiel gegeben. Die Zentrumsvertreter stellten fest, daß sie die Aufhebung der Notverordnungen nicht auf Grund des Artikels 48 der Verfassung forderten, sondern nur ganz allgemein die Regierung um die Zurückziehung ersuchten. Sie konnten kaum anders vorgehen, nachdem sie im Jahre 1930 die Auffassung vertreten hatten, daß der Ueberwachungsausschuß nicht befugt sei, Aufhebungen von Notverordnungen auf Grund des Artikels 48 zu verlangen.

Die Sozialdemokratie ließ durch den Abgeordneten Breitscheid erklären, daß sie ihrerseits an der Zuständigkeit des Ausschusses, gestützt auf den Artikel 48, vorzugehen festhalte, das heißt also, daß nach ihrer Meinung eine Verfassungserklärung vorliegt, wenn die Regierung einem sich auf den Artikel 48 berufenden Verlangen nicht entspreche. Ähnlich äußerte sich auch der Abgeordnete Pfleger von der Bayerischen Volkspartei. Aber wie dem auch sei, jedenfalls hat der Reichskanzler sich zunächst dem Beschluß des Ausschusses unterworfen, und er ist bereit, ohne Bedingungen an seinen Verhandlungen teilzunehmen.

Was den Meinungswechsel des Herrn v. Bapen herbeiführt hat, mag dahingestellt sein. Jedenfalls bedeutet sein Verhalten, daß er sich die verfassungswidrigen Auslegungskünste der Nationalsozialisten nicht zu eigen macht und daß er seine Pflicht anerkennt, vor dem Ausschuß zu erscheinen. Damit ist keineswegs ein besonderes Lob für den Reichskanzler ausgesprochen: er handelt diesmal so, wie es die Verfassung vorschreibt. Der Ausschuß selber hat sich später nach der Untersuchung des von der Spitze der Reichsregierung nachdrücklich und mit Erfolg an seine Pflicht erinnert zu haben. Jetzt bleibt nur abzuwarten, welche Stellung das Kabinett zu dem am Montag zu fassenden sachlichen Beschlüssen des Ueberwachungsausschusses einnehmen wird.

## Mißgriffe und Proteste

### Heimannsberg aus der Haft entlassen

Berlin, 23. Juli. Der Berliner Polizeikommandeur Heimannsberg, der am Freitag in den frühen Vormittagsstunden von Militär aus dem Bette heraus verhaftet wurde, ist am Freitag in später Abendstunde freigelassen worden, begleitet von der Charlottenburger Reichsbannerführer Carlberg; dagegen wurde der gleichzeitig mitverhaftete Polizeimajor Ende, der übrigens nicht Sozialdemokrat ist, sondern der Rabinal-DEMOKRATISCHEN Vereinigung angehört, noch in Schutzhaft behalten.

Der Urheber der Verhaftungen, der Militärbefehlshaber für Berlin und Brandenburg, teilt mit, daß dem Polizeikommandeur Heimannsberg irgendwelche Beschuldigungen rechtswideriger Art nicht nachgewiesen werden konnten. Dagegen hätten die Ermittlungen gegen Polizeimajor Ende zur Einleitung einer strafrechtlichen Verfolgung Veranlassung gegeben. Der gegen Carlberg bestehende Verdacht habe sich nicht ausreichend bestätigt. Heimannsberg und Carlberg seien deshalb aus der Haft entlassen worden.

### Zwei Schutzhaftbefehle

Am Freitag hat der Militärbefehlshaber für Berlin und Brandenburg gegen die Reichsbannerführer, Major a. D. Anker, den früheren Adjutanten des Kronprinzen, und den langjährigen Sozialdemokraten Robert Dreuer Schutzhaftbefehle erlassen. Vorher hat die Reichspresse in längeren und kürzern Artikeln maßlos gegen die beiden republikanischen Persönlichkeiten gehetzt.

Der Militärbefehlshaber teilt über seine Maßnahme selbst folgendes mit:

„Anker und Dreuer sind, wie sich aus einem Artikel der „Berliner Börsenzeitung“ und aus einer Vernehmung des Verhafteterstatter des genannten Blattes ergeben hat, dringend verdächtig, in einer Versammlung der Eisernen Front am 20. Juli 1932 in Berlin die Reichsregierung und die Träger der vorliegenden Gewalt beschimpft und die Eisernen Front zur Illegalität aufgefordert zu haben. Dabuzh haben sie die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährdet. Gegen die Genannten wird wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnungen

des Reichspräsidenten und des Militärbefehlshabers vom 20. 7. 1932 bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet.“

Ausgerechnet ein Berliner Blatt von solchem Ruf wie die „Börsen-Zeitung“ als Kronzeuge gegen Republikaner. Die „Börsen-Zeitung“ war es auch, die unter der Regierung Brüning nach dem Verbot der SA, die Hehe gegen das Reichsbanner einleitete und die sich später nach der Untersuchung des von ihr gesammelten und dem Reichswehrministerium unterbreiteten Zitatenfahdes öffentlich an den Pranger stellen lassen mußte.

Robert Dreuer wurde heute vormittag festgenommen. Reichsbannerführer Major a. D. Anker hat sich, bevor ihn der Haftbefehl erreichte, nach Darmstadt begeben. Da der Schutzhaftbefehl nur für den Bereich Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg Geltung hat, und ein richterlicher Haftbefehl nicht vorliegt, ist es nicht möglich, Anker in Darmstadt festzunehmen.

### Bracht „reformiert“

Im Berliner Polizeipräsidium sind am Freitag von den neuen Gewaltgebern eine ganze Reihe von Umbesetzungen verfügt worden. In den politischen Referaten wurden die sozialdemokratisch verdächtigen Beamten durch bürgerliche ersetzt.

Die auf diese Weise frei gemordenen Beamten wurden hauptsächlich unpolitischen Referaten zugeteilt.

### Polizei bei der Arbeiterjugend

Die Berliner Arbeiterjugend bezankelte am Freitagabend im Berliner Clou eine gewaltige Protestkundgebung gegen das neue von Hitler tolerierte „System“.

Als im Verlauf der Veranstaltung eine gegen die Nazi-Barone gerichtete Revue vorgeführt werden sollte, schritt die Polizei bereits nach den ersten Szenen ein. Das Stück mußte abgebrochen werden.

Außerdem wurde ein Reichsbannermann, der die Reichsbanner-Bundeszeitung verkaufte, die inzwischen auf Veranlassung des Reichsinnenministers auf 14 Tage verboten worden ist, verhaftet.



# Die Schuld der Nationalsozialisten

Wie Stink-„Nazi“ sich bei den Sozialrentnern herauslügen will

Die Verlogenheit, mit der die Nationalsozialisten sich zur Wahl bei den durch Hitlers Adelsregierung geschöpften Sozialrentnern und Kriegsoffizieren anbieten will, ist einfach grenzenlos. In demselben Augenblick, da die Opfer der Notverordnungen ihre Wirkung bei der Auszahlung der gekürzten Renten oder Arbeitslosenunterstützung zu spüren bekommen, gibt das Sudelblättchen „Der Nazi“ ein vierseitiges Extrablatt heraus, in dem die Verbindung der Nazis mit der Regierung der unerhörtesten Renten Kürzung und in lächerlichster Weise die Schuld am Elend der Kriegs- und Arbeitsopfer der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben versucht wird.

Dazu ist zu bemerken, daß die Schuld Hitlers am Zusammenkommen der Adelsregierung durch Äußerungen selbst aus deutschnationalen Kreisen einwandfrei feststeht. Der fernere Beweis ist die Tolerierung der Regierung der Barone durch die Nationalsozialisten, Tolerierung auch der Kürzung der karglichen Renten. Wo, wie in Mecklenburg, Hessen und Sachsen die Sozialdemokratie Anträge auf Nichtdurchführung der Notverordnungen Rapens stellte, haben die Nationalsozialisten gegen diese Anträge gestimmt. Weiter stimmten die Nationalsozialisten in Mecklenburg einer Kürzung der Beamtengehälter weit über den Reichsmaßstab zu.

Dann die angebliche Schuld der Sozialdemokraten an der Renten Kürzung. Solange Sozialdemokraten entscheidenden Einfluß auf die Reichsregierung hatten, haben sie dafür gesorgt, daß Renten und Arbeitslosenunterstützung einigermaßen erträglich gestaltet wurden. Sie erhoben schärfsten Protest, als die Regierung Brüning glaubte, ohne Kürzungen nicht auskommen zu können und drückten vorgezeichnete Abzüge auf ein Mindestmaß herunter.

Was aber bedeuten diese Abzüge der Brüning-Notverordnungen gegen die unerhörte Renten Kürzung durch die von Hitler tolerierte Papen-Regierung? „Wir sind kein Wohlfahrtsstaat“, hieß es, und ein Unterstützungsabbau wurde durchgeführt, der den Ärmsten in des Wortes innigster Bedeutung das trockne Brot vom Munde wegnimmt. Eine Zahl nur, die schaudern machen kann: 23 Prozent Einsparung bei der Arbeitslosenversicherung! Und in ähnlichem Verhältnis bei der gesamten Sozialversicherung.

Daß der „Nazi“ diese schwere Schuld gern auf andre abwälzen möchte, versteht sich am Rande. Es soll ihm nicht gelingen. Schuldlertränen sind es, die vergossen werden, um Dumme einzufangen für die Wahl. Hier einige Beispiele, wie Führer der Nationalsozialisten in Wirklichkeit über die Arbeitslosen und Sozialrentner urteilen:

Professor Fritz Behn im „Völkischen Beobachter“:  
„Arbeitslosenunterstützung macht arbeitscheu. Man kann schon von einer Arbeitsflucht sprechen.“

Naziabgeordneter Falt (Blauen):  
„Die Sozialrentner sind Faulenzer und Spitzbuben, die in den Wald gehen und Holz hehlen. Sie kolkern bis früh um 4 Uhr im Wirtschaftshaus herum und kloppen Stat.“

Reichstagsabgeordneter Heber:  
„Es ist unerträglich, daß die Gesunden für die Minderwertigen arbeiten und durch eine ausgiebige soziale Gesetzgebung auch noch... einem Untermenschentum die weitere Lebensmöglichkeit erhalten...“

Arbeitscheue, Faulenzer, Spitzbuben, Minderwertige! So werden die Opfer der Arbeit und des Krieges, werden die Arbeitslosen von den Nationalsozialisten betitelt. Und darum kein Protest gegen die Kürzung der Unterstützungen.

## Abgeordneter niedergeschlagen

In Gegenwart von Landjägern durch Nazimeute - Aber es gibt angeblich bloß „kommunistischen Terror“

Am Mittwochabend hielt die Sozialdemokratische Partei eine stark besuchte Versammlung in der Turnhalle zu Reichenburg in Ostpreußen ab. Referent war Reichstagsabgeordneter Karl Jaeger, Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes.

Kurz vor Beginn der Versammlung durchsuchte der überwachende Landjägerhauptmann Brandstätter die Versammlungsteilnehmer nach Waffen.

Er durchsuchte nicht die draußen vor dem Versammlungsort in großer Menge johlenden Hakenkreuzler, obwohl der Referent ihn dazu aufforderte.

Nach Schluß der Versammlung begaben sich Jaeger und 30 Mann Saalkolonne, die mit ihm gekommen waren, zu dem außerhalb der Stadt wartenden Lastkraftwagen. Der Landjägerhauptmann Brandstätter und drei Landjäger begleiteten Jaeger, der an der Spitze des kleinen Zuges ging. Brandstätter lehnte es ab, einen Weg zu benutzen, der nicht über den Marktplatz geht.

Er führte vielmehr Jaeger und seine Begleiter über den Marktplatz, wo mehrere Hundert johlender Nazis standen. Auf einmal ertönte der Ruf: „Den Jaeger hängen wir doch noch!“

und schon stürzte sich eine Rote Hakenkreuzler auf Jaeger, der neben Brandstätter und den Landjägern ging, und schlugen von hinten mit Totschlägern auf Jaeger ein, der sofort aus zahlreichen Kopfwunden stark blutete.

Zählt es ihnen am Wahltag heim, was sie an euch gesündigt haben. Wählt Sozialdemokraten, die immer für das Lebensrecht der Ärmsten kämpfen!

### Durch Hitler-Papens Schuld

Die Hitler-Papen-Notverordnung kürzte nicht nur die Renten, sondern nahm sie vielen vollständig fort. Zum Beispiel den Kriegerraisen nach Vollendung des 15. Lebensjahres, den Kriegerraisen die Kinderzulagen. Dann noch wurde den sogenannten Leichtverletzten aus der Unfallversicherung die Rente, die ihnen einst die Sozialdemokraten verschafften, vollständig gestrichen.

Wir sind in der Lage, diesen Rentenraub in Bildern zeigen zu können. Hier sind sie:



Für diese linke Hand, an welcher der Daumen fehlt, gab es früher 15 Prozent Rente. Heute erhalten sie — — — nichts.



Das Fehlen des linken Ringfingers ist angeblich ein Schönheitsfehler, denn gezählt wird für diese Beschädigung — — — nichts.



Der Verlust des linken Zeige- und Mittelfingers wurde mit 20 Prozent Rente eingeschätzt. Heute erhalten die Opfer der Arbeit nach Ablauf von 2 Jahren — nichts.



Eine linke Hand ohne Ringfinger und Mittelfinger scheint für gewisse Kreise bei der Arbeit nicht hinderlich zu sein, denn auch für diese Verletzung, für die es bisher den geringen Satz von 20 Prozent Rente gab, gibt es heute nach Ablauf von 2 Jahren — — — nichts.



Der kleine Finger und Ringfinger sind ebenfalls überflüssig. Ehemals wurde solche Verletzung mit 20 Prozent Rente bewertet. Heute gibt es nach 2 Jahren — — — nichts.



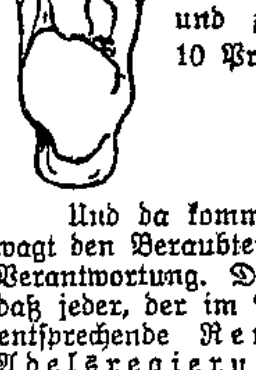
Bei Verlust des kleinen und Mittelfingers tritt nach Ansicht der Berufsgenossenschaft und der Vertrauensärzte volle Gewöhnung an den Zustand ein. Denn nach zwei Jahren erhalten diese Verletzten — — — nichts.



Für einen rechten Fuß ohne Hehle, der unstrittig für den davon Betroffenen nicht nur bei Arbeiten, die er im Stehen zu verrichten hat, sondern auch beim Gehen sehr hinderlich ist, gab es früher 15 Prozent Rente. Heute — — — nichts.



Für einen Fuß, wo nur noch die große Zehe vorhanden ist, gab es früher 10 Prozent Rente. Heute — — — nichts.



Ein Verunglückter erhielt bei Verlust der großen und zwei weiterer Zehen für diese Beschädigung 10 Prozent Rente. Heute erhält er — — — nichts.

Und da kommt so ein Sudelblatt wie der „Nazi“ her und verlangt den Verabreiteten einzuschlüpfen, die Sozialdemokratie trage die Verantwortung. Die Sozialdemokratie hat dafür gesorgt, daß jeder, der im Dienste des Kapitals verunglückt ist, auch eine entsprechende Rente dafür bekommen mußte. Die Adelsregierung von Hitlers Gnaden nahm oder kürzte sie ihnen. Das ist der wahre Sachverhalt. Gebt den Papenkreuzlern am 31. Juli die richtige Quittung. Wählt Sozialdemokraten!

### Papens Ziel

Der auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehende „Hamburger Korrespondent“ schreibt über politische Hintergründe, die zu der Papen-Aktion gegen Preußen führte.

Zwar sei, so heißt es in dem Artikel, als Anlaß zum Einschreiten in Preußen die mangelnde Bereitschaft der bisherigen preussischen Regierung zu einer wirklich energiegelichen Abwehr der kommunistischen Umtriebe angegeben worden. Aber dieser spezielle Anlaß deckt sich natürlich keineswegs

mit den wesentlich weitergehenden Zielen, die der Reichskanzler und seine Regierung bei ihren jetzigen Schritten im Auge hätten. Der Nachweis, der gegen hohe Polizeibeamte erhobenen Verfehlungen solle im einzelnen noch geliefert werden. „Aber, so heißt es wörtlich in dem Artikel, „es ist schon jetzt deutlich zu erkennen, daß bei dieser außerordentlich weittragenden Aktion auch weitere Motive, und zwar in ausschlaggebendem Maße, mitgesprochen haben. Man braucht sich nur an die Gedankengänge zu erinnern, die beim Übergang vom Kabinett Brüning zum Kabinett Papen im Vordergrund standen, und man wird deutlich sehen, daß die gründlich vorbereitete und planmäßig durchgeführte Beseitigung der bisherigen preussischen Regierung zu den Kernstücken des politischen Gesamtplans der jetzigen Reichsregierung gehört.“

In dem Artikel wird dann noch gesagt, es könne nicht das Ziel der Regierung sein, eine Ueberleitung zum sogenannten Dritten Reich zu bilden, sondern vielmehr die national wertvollen Kräfte, die in der nationalsozialistischen Bewegung vorhanden seien, für die Mitarbeit und Mitverantwortung im Staatswesen zu gewinnen. In diesem Rahmen werde man auch die jetzt in Preußen durchgeführten Maßnahmen betrachten müssen, um ihren politischen Zweck deutlicher zu erkennen. Die Maßnahmen, die die Reichsregierung jetzt in Preußen ergreifen habe, könne man unschwer als eine politische Vorbereitung auf die nach dem 31. Juli zu erwartende Entwicklung einschätzen.

Ähnliche Gedankengänge werden seit einigen Tagen auch von andern Politikern erörtert, und die Nazis rufen hier und dort schon besorgt: Adolferwache! Aber wer sagt denn, daß er schläft? Wer verbirgt sich denn dafür, daß Hitler oder andre Naziführer nicht mit Papen im Bunde sind und den Rückmarsch ins wilhelminische Reich nicht dem sagenhaften Dritten Reich des Schwägers aus dem Böhmerwald vorziehen?

Eins nur ist sicher: Am Ende dieser Pläne steht ein wirklich erwachtes Volk und fragt sich hungernd und gequält: „Wie konnten wir nur eigenhändig unsrer Freiheit das Grab schaufeln?“ Laßt es nicht erst so weit kommen. Geht am 31. Juli hin und macht mit dem Stimmzettel in der Hand dem Hitler-Papen-Kurs ein Ende, indem ihr Sozialdemokraten wählt!

### Faschistischer Mord

Die Untersuchung über den Mord an den Amtsvorsteher in Singt hat zu einer überraschenden Feststellung geführt. Bei dem Mörder handelt es sich um einen gewissen Georg Petereit, gebürtig aus Lauraggen. Es schweben jetzt Ermittlungen darüber, ob es sich um den

### Nazimord nach dem Hitlertag

Am Freitagabend verübten Nationalsozialisten, die von einem „Hitlerstag“ in Liegnitz zurückkehrten, einen Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Bunzlau.

Bei der Abwehr wurde ein Reichsbannermann getötet; vier Reichsbannerleute wurden schwer verletzt.

### Die SA-Provokation von Altona

Ueber den Fortgang der Untersuchung über die Altonaer Vorfälle vom letzten Sonntag verlautet, daß von den bisher vom Ermittlungsrichter vernommenen 89 vorläufig festgenommenen Personen 22 wieder auf freien Fuß gesetzt wurden.

Gegen 67 ist gerichtlicher Haftbefehl erlassen worden.



Führer der litauischen faschistischen Schutzorganisationen, einen Mann gleichen Namens handelt, der im November 1924 in Angloken den deutschen Oberwachmeister Seidemann erschossen hat, als dieser in der Wohnung des Peteret nach Waffen suchte. Auf Anordnung des litauischen Kriegsministers wurde Peteret von Militärpersonen aus dem Gefängnis entfernt, um ihn der gerichtlichen Bestrafung zu entziehen. —

## Süddeutschland solidarisch

Der heftige Vertreter beim Reich hat dem Reichskanzler am Freitag ein Schreiben überreicht, in dem daran erinnert wird, daß der heftige Staatspräsident bereits in der Besprechung der Länderpräsidenten am 11. Juli die stärksten Bedenken gegen die Angriffe der Länder geäußert habe. Jetzt habe sich das heftige Gesamtministerium für verpflichtet, abermals nachdrücklich der großen Sorge über die durch die jüngsten Vorgänge in Preußen geschaffene Lage Ausdruck zu geben.

Zugleich befundet die heftige Regierung ihr völliges Einbernehmen mit der Haltung der andern süddeutschen Regierungen.

Ein gleiches Schreiben ist dem Reichspräsidenten übergeben worden. —

## Zentrum gegen Papenkur

Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hat am Freitag eine Erklärung des stellvertretenden Vorsitzenden gegen die Gewaltaktion der Papen-Regierung in Preußen gebilligt.

In der Entschließung des Vorstandes heißt es nach dieser Billigung weiter: „Das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber Preußen hat im deutschen Volke die Staatsautorität untergraben, Rechtschaffenheit im Lande erschüttert und damit unentbehrliche Voraussetzungen einer ruhigen Entwicklung auf das schwerste beeinträchtigt.“

In verantwortungsbewusster Wahrung verfassungsmäßiger Grundlagen im Reich und in den Ländern, in tiefer Sorge um die Erhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung, protestiert die Deutsche Zentrumspartei in aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen, die von parteiischen Einflüssen und nicht von sachlichen Notwendigkeiten diktiert sind. Die folgenschweren Wirkungen für das nationale und soziale Zusammenleben in unserm Volk und die deutsche Stellung in der Welt zeichnen sich bereits auf weite Sicht hin ab.

Die Deutsche Zentrumspartei wird darum nicht aufhören, Verwahrung einzulegen gegen eine Politik, die sie als verwerflich bezeichnen muß, weil sie Land und Volk, statt aus Ruhe und Not herauszuführen zu dauernder Unruhe verurteilt.

Der 31. Juli wird dem deutschen Volke Gelegenheit geben, zu betonen, daß es Politik will und nicht Abenteuer, daß es eine sachliche, Recht und bürgerliche Freiheit achtende, auf das Wohl des gesamten Volkes gerichtete Staatspolitik will und fragwürdige Experimente ablehnt. —

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hat am Freitag ebenfalls eine Protest-Entschließung gegen die Gewaltaktion der Papen-Regierung angenommen. —

## Krach im Weltparlament

### Faschistische Provokation

Genf. Die 28. Vollversammlung der Parlamentarischen Union war am Freitag der Schauplatz eines ungeheuren heftigen Zwischenfalles. Wie in der Abrüstungskonferenz, so gebrauchten die italienischen Delegierten auf Weisung von Moynich auch in der Konferenz der Parlamentarischen Union ständig in herausfordernder Form bei jeder Gelegenheit die Bezeichnung „faschistisch“ für alle Meinungsäußerungen und Anträge ihrer Delegationen. Als am Freitag auch der Abgeordnete Sartt bei einer Rede über die Modifizierung des internationalen Rechtes dauernd vom faschistischen Rechtsbegriff sprach, rief ihm der Sozialist Renaudel (Frankreich) zu: „Ihr führt das Recht nur im Munde. Wo keine Freiheit und keine Kontrolle durch die öffentliche Meinung möglich sind, gibt es kein Recht.“

Darauf heulten die faschistischen Delegierten und schrien auf Renaudel ein. Dieser antwortete laut: „Nieder mit den Faschisten, den Mörderern Matteotti.“

Der Tumult wurde allgemein, die Faschisten schrien: „Nieder mit Frankreich, das die sozialistischen Mörder schützt.“ Grumbach (Frankreich) bestritt den Faschisten jedes Recht, an einer Konferenz von Parlamentariern teilzunehmen, da sie ja kein gewähltes Parlament hätten, sondern ernannte Kreaturen seien.

Renaudel weigerte sich energisch, auch nur ein Wort seiner Äußerungen zurückzunehmen. Der Präsident mußte die Sitzung schließlich unterbrechen. Die Erregung übertrag sich auf die im Nebensaal tagende Generalkommission der Abrüstungskonferenz, aus der die italienischen Delegierten mit Minister Balbo hinaustraten, ebenso wie Franzosen. —

## Die Schuldigen fordern Entschuldigung

Genf. Der Zwischenfall in der Interparlamentarischen Union hat bis Freitagabend noch keine Regelung gefunden. Auf Antrag der Italiener hat der Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben an den Vorsitzenden Carton de Wiart gerichtet, in dem er der Versammlung mitteilt, daß ihre Aussprachen nicht mehr im Gebäude des Völkerbundes stattfinden könnten, wenn der Zwischenfall nicht beigelegt werde.

Italien hat inzwischen verlangt, daß von Seiten der französischen Abordnung eine Entschuldigung vorgebracht werde, und daß Renaudel von den Sitzungen ausgeschlossen werde. Das Büro hat seine Entscheidung auf Sonnabend vertagt. —

# Stärkt die Gewerkschaften!

## Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir brauchen euch nicht mehr zu sagen, wie bedeutungsvoll für eure und des deutschen Volkes Zukunft die politische Entscheidung am 31. Juli ist.

Der Kampf um die Rechte und die Interessen der Arbeiterklasse ist aber mit der Reichstagswahl nicht beendet. Er wird in verschärfter Form andauern und mit gesteigertem Kraft geführt werden müssen. Dazu sind mehr denn je starke Organisationen notwendig.

**Wollt ihr den Kampf um eure Zukunft bestehen,**

**neue Gefahren abwehren,**

**die unter dem schweren Druck der Wirtschaftskrise verlorenen Stellungen zurückgewinnen,**

**dann stärkt die Gewerkschaften!**

Beantwortet die Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung und das demokratische Recht damit, die Kräfte der Organisationen für die entscheidende Stunde zu höchster Leistungsfähigkeit zu steigern.

Jeder werbe von heute an mit verstärktem Eifer neue Mitglieder für seinen Verband.

Berlin, den 21. Juli 1932.

**Der Bundesvorstand und Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes**

# Neuer Abrüstungskrieg

## Deutschland droht mit Ablehnung weiterer Teilnahme an der Abrüstungskonferenz

Genf. In der Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat die deutsche Regierung am Freitag anlässlich der Aussprache über die Verabredungs-Entschließung eine Erklärung abgegeben, welche die Ablehnung der weiteren Teilnahme Deutschlands an der Konferenz androht, wenn bis zum Wiederzusammentritt die Anerkennung der Gleichberechtigung nicht gesichert sei. Ueber die Anwendung dieses Grundgesetzes mit den beteiligten Regierungen zu verhandeln, sei die deutsche Regierung sofort bereit.

Vizepräsident Radolny lehnte die Verabredungs-Entschließung ab. Sir John Simon sprach mit einer auffallenden Schärfe gegen Deutschlands Haltung. Herriot lehnte Deutschlands Forderung ab mit dem Hinweis, daß sie erst durch die Garantie der Sicherheit für alle und nicht außerhalb dieser Garantie entschieden werden könne.

Das Ergebnis dieser Papen-Affäre war die völlige Isolierung Deutschlands.

Im Verlauf der langen Vormittagsitzung hielt die gleiche Mehrheit von 30 Staaten, die am Donnerstag der Forderung Englands, Frankreichs und Amerikas beigetreten war, mit einer Ausnahme sämtliche Einzelteile der Resolution aufrecht. Nur der kanadische Antrag, die staatliche Waffen- und Munitionsherstellung in die Kontrolle der privaten Fabrikation einzubeziehen, wurde als einzige Änderung angenommen. Litwinow erklärte nach Ablehnung der prinzipiellen Anträge Rußlands, daß er auf die Abstimmung der weniger wichtigen berichte, da selbst deren Annahme der Sowjetdelegation keine Zustimmung zu einer solchen Resolution ermöglichte. Nachdem alle fünf Teile der Resolution angenommen waren, erklärte Berichterstatter Benesch, daß der Öffentlichkeit der Sitzungen des Büros während der Verabredungspause nichts entgegenstehe.

Am Nachmittag begann Radolny die Aussprache über die Resolution mit der Feststellung, auch diese Konferenz sei eine solche für die Liquidation der Vergangenheit. Sie habe die Aufgabe, einen weiteren Abschnitt der Nachkriegsgeschichte zu beenden, der schon lange hätte abgeschlossen werden müssen.

Die Ungebuld der Völker könne nicht das geringste greifbare Ergebnis wahrnehmen.

Keiner der dazu geeigneten Vorschläge, weder der Hoovers, noch der Englands, Italiens oder Sowjet-Rußlands habe der jähren Gegenwirkung der Verneinungskräfte Stand halten können. Das Verbot des chemischen Krieges sei bereits im Genfer Protokoll von 1925 ausgesprochen, die Bestimmungen über schwere Artillerie, Tanks und Bombenabwürfe seien sehr problematisch, ebenso verpflichten die Bestimmungen über Herabsetzung der Landarmee zu

## Die Faust hoch!

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold steht mit allen Gliederungen geschlossen in der Eisernen Front. Die politische Marschlinie ist vorgezeichnet. Der 31. Juli muß erweisen,

**daß der Stimmzettel stärker ist als jede Gewalt.**

Kameraden, hütet euch vor Spitzeln und politischen Agenten. Niemand anders als die Bundesleitung hat das Recht, im Namen des Reichsbanners zu sprechen.

**Von uns darf der Vorwand zur Verschiebung und Verhinderung der Wahl nicht geliefert werden.**

Aller Born und alle Empörung über das der preussischen Regierung Braun, Sebering, Hirtfelder angetane Unrecht darf unser Handeln nicht beirren.

**Am 31. Juli ist Wahltag!**

Die Faust hoch! Freiheit für Deutschland! Freiheit in Deutschland.

Berlin, den 22. Juli 1932.

Die Bundesleitung.

F. U. gez. Söltermann.

nichts. Deutschland hätte trotz dieser unbefriedigenden Maßnahmen sich der Stimme enthalten können, wenn für die kommende Arbeit die Gleichberechtigung anerkannt worden wäre, ohne die es niemals seine Unterzeichnung unter ein Abkommen werde setzen können. Radolny verlas dann die Erklärung der Reichsregierung, die ihre Bereitschaft ausdrückt, auch weiter an den Arbeiten teilzunehmen, um mit aller Kraft dazu beizutragen, daß im Sinne des Artikels 8 der Völkerbundsstatuten ein wirklich einschneidendes Schritt in Richtung auf die allgemeine Abrüstung getan werde. Ihre Mitarbeit sei aber nur möglich, wenn die weiteren Arbeiten der Konferenz auf der Grundlage der zweifelsfreien Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen erfolge.

Die deutsche Regierung halte es nicht für möglich, daß bei dieser Unklarheit über eine Grundfrage des Abrüstungsproblems ersprießliche Arbeit geleistet werden könne.

„Soweit die einzelnen Fragen, die sich aus der Anwendung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung ergeben, der Klärung bedürfen, ist die deutsche Regierung zu sofortigen Verhandlungen

hierüber mit den beteiligten Staaten bereit. Die deutsche Regierung muß aber schon heute darauf hinweisen, daß sie ihre weitere Mitarbeit nicht in Aussicht stellen kann, wenn eine befriedigende Klärung dieses für Deutschland entscheidenden Punktes bis zum Wiederbeginn der Arbeiten der Konferenz nicht erreicht werden sollte.“

Der Schluß der Aussprache und die Endabstimmung, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, wurde nach den ablehnenden Erklärungen Simons und Herriot gegen die deutsche Auffassung auf Sonnabendvormittag vertagt.

## Paris tagt Ultimatum

Paris. Die Erklärung, die Vizepräsident v. Radolny am Freitag auf der Abrüstungskonferenz gegeben hat, wird von den neuesten Pariser Zeitungen als Ultimatum bezeichnet und entsprechend kritisiert.

Der Berichterstatter des „Matin“ telegraphiert: „Der gestrige Tag hat die wahren Absichten Deutschlands erkennen lassen, die seine Haltung bei den Arbeiten der Abrüstungskonferenz bestimmt haben. Deutschland wollte den Mißerfolg der Konferenz. Im Augenblick der Endaussprache hat sich das Reich damit begnügt, einen einzigen Delegierten in Genf zu lassen und ihm zu empfehlen, jeden Kontakt mit den andern Mächten zu vermeiden, während Frankreich und England ihre besten Mannschaften entsandt hatten. Die Rede Radolnys hat bei weitem die Voraussetzungen übertroffen. Die Art und Weise ihres Vortrags macht sie in Wahrheit zu einer offiziellen diplomatischen Note, die ohne Beispiel in der Geschichte dasteht, ja sogar zu einer Art Ultimatum. Man versteht jetzt leicht, warum Deutschland dem Vertrauensabkommen nicht beigetreten ist. Es wollte uns diese Ueberraschung vorbehalten und seine Hauptanstrengung auf die neutralen Mächte richten, deren wohlwollende Stimmenthaltung es sich gesichert hatte. Sicherlich hoffte es, die Konferenz in einer allgemeinen Abstimmung zu Ende zu führen, die ihm die gewünschte Freiheit wiedergeben würde.“

Der offiziöse „Petit Parisien“ erklärt: „Es ist schwierig, sich eine ungeschicktere Taktik vorzustellen als die, welche Radolny auf der Konferenz angewandt hat und deren Krönung seine gestrige Rede war. Von dem Anspruch auf Gleichberechtigung hypnotisiert, wollten die Leiter der Reichsregierung einen großen Coup ausführen. Durch ihren negativen Charakter haben die deutschen Kritiken, statt den Zögernden zu überzeugen, im Gegenteil den konstruktiven Willen und den Veröhnungsgedicht der französischen Delegation hervortreten lassen. Sie haben ferner klar den Irrtum der Berliner Regierung in Erscheinung treten lassen, die seit Beginn auf den Mißerfolg der Konferenz spekuliert und während der ganzen Verhandlungen eine absichtlich untergeordnete Rolle gespielt hatte. Stresemann hatte viel besser als seine Nachfolger die Bedeutung von Genf als Plattform für die internationale Politik verstanden. Es ist seltsam festzustellen, daß die Rolle, die er eklektisch gespielt hat, jetzt dem Vertreter Ungarns ausgefallen ist. Der alte ungarische Nationalist hat sein Vertrauen zum Völkerbund beteuert, hinter den er sich mit ebensolcher Geschicklichkeit wie Unaufrichtigkeit berückelt hat, um eine revisionistische Politik fortzusetzen.“

Das „Journal“ spricht sich im gleichen Sinne aus und erklärt, Graf Apponyi habe der Berliner Regierung eine wahre Lektion der Feinheit und des politischen Handelns erteilt. Die Rede Herriot's wird von der gesamten Presse, selbst vom „Echo de Paris“ gelobt, weil er mit großer Meisterschaft die Sicherheitsheißigkeit Frankreichs auseinandergesetzt hat. Léon Blum ist dagegen mit dem bisherigen Ergebnis der Konferenz nicht zufrieden, er schreibt im „Populaire“, er wolle nicht verkennen, daß ein gewisser Fortschritt erzielt worden sei, aber eine Ermüdung dränge sich vor allen anderen auf. Auch diesmal treten die Regierungen wieder mit leeren Händen vor die Völker. Die Völker würden allmählich müde zu warten, ja sogar müde zu hoffen. —

## Adelsregierung für Verfassungsfeste

Die Reichsregierung hat beschlossen, auch in diesem Jahre die seit 1920 traditionelle Verfassungsfeste am 11. August zu veranstalten. Die offizielle Feier soll sich im Reichstag in den hergebrachten Formen abwickeln.

Herr v. Papen, der soeben keine Attacke gegen das demokratische Preußenkabinett reitet, huldigt der republikanischen Verfassung — das kann sehr nett werden. —

## Gegen den Gleichmach der Hugenberger

Stuttgart. Die deutschnationalen Landtagsabgeordneten Wider und Scholl hatten in einer kleinen Anfrage Einspruch gegen die Beteiligung der württembergischen Regierung an der auch für dieses Jahr in Stuttgart gemeinsam mit der Stadtverwaltung geplanten amtlichen Verfassungsfeste erhoben. Sie sind aber damit abgeblieben. Die Regierung, der auch die deutschnationalen Minister Bazille und Dehlinger angehören, hat ihnen wie folgt geantwortet:

„Auch in diesem Jahre wird sich die Staatsregierung an der geplanten Verfassungsfeste beteiligen. In der jetzigen sehr bewegten Zeit, in der die Rechtsbegriffe stark verwirrt sind, erscheint es am Verfassungstag angezeigt, die Bevölkerung in einer amtlichen Feier auf die große Bedeutung der Verfassung als Staatsgrundgesetz hinzuweisen. Bei der geplanten Verfassungsfeste handelt es sich nicht um die Feier eines leeren Festes, sondern um eine in möglichst einfacher Form gefaltene amtliche Kundgebung zur Erinnerung an die Erziehung der Weimarer Verfassung. Auch die Reichsregierung hält es für geboten, das deutsche Volk am Verfassungstag auf die Bedeutung dieses Tages hinzuweisen. Sie hat daher die Verlegung sämtlicher Reichsdienstgebäude am Verfassungstag verfügt. Für die Reichsverwaltung ist am 11. August wie in den Vorjahren durchgängig Sonntagsdienst angeordnet worden.“ —

## Todesurteile in Polen

Im Prozeß gegen vier während der blutigen Bauernaufmäntel bei Lisko in Klein-Polen verhaftete Personen, die der Verhöhnung der Bauernbevölkerung angeklagt und überführt worden sind, hat das Standgericht in Sanok das Urteil gefällt.

Drei Angeklagte wurden zum Tode, der vierte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Anwälte der zum Tode Verurteilten haben ein Gnabengesuch an den Präsidenten der Republik gerichtet. Der Präsident hat dem Gesuch stattgegeben und die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe verwandelt. —

## Notizen

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung verboten. Auf Veranlassung des preussischen Staatskommissars hat der jetzt in Schleswig-Holstein amtierende Vizepräsident im Oberpräsidium die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ auf die Dauer von vier Tagen verboten. —

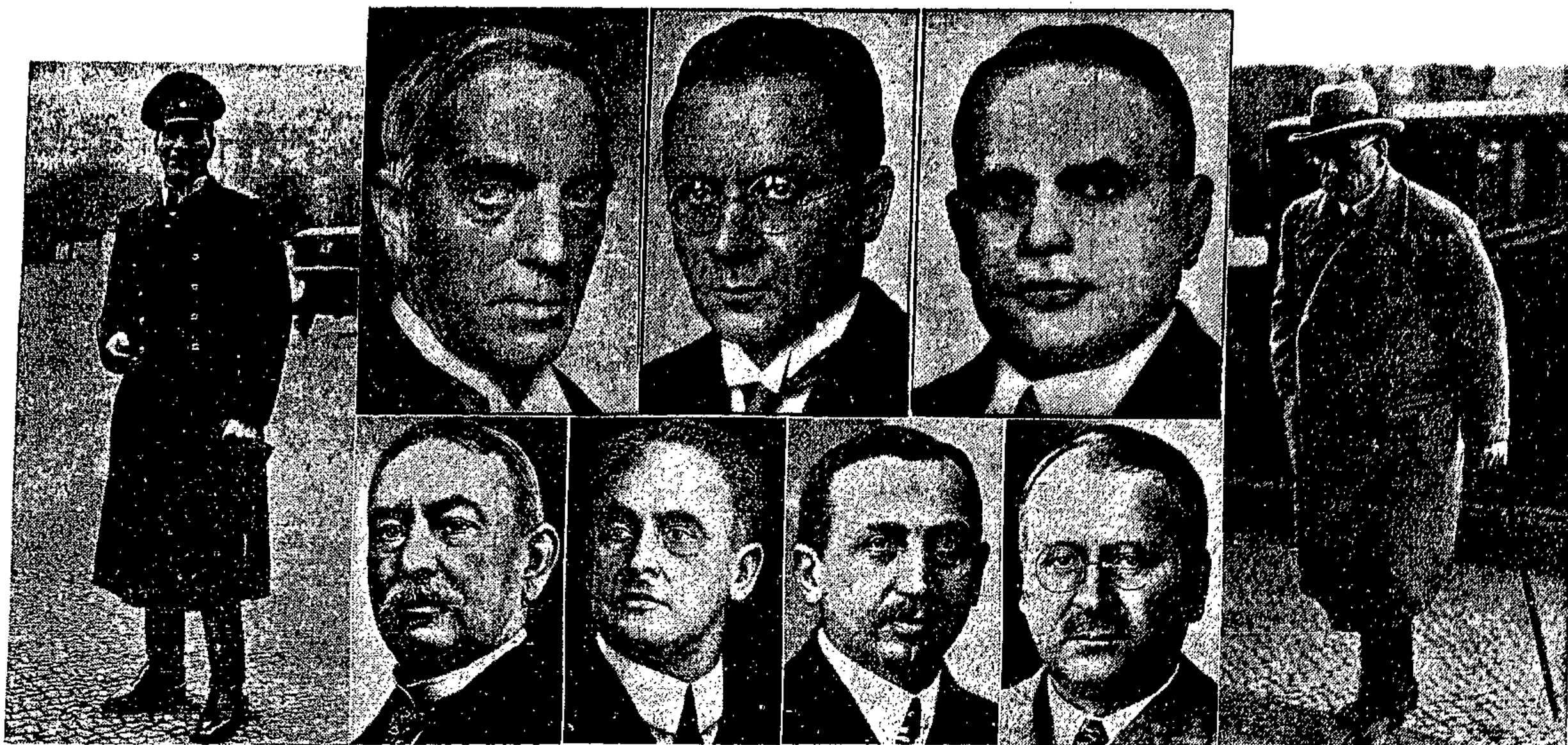


# Von der Demokratie zur Diktatur

Drei Pfeile, trifft das Papenkreuz! Am 31. Juli wählen alle alle alle Liste 1



Mit dem Gewaltstreich der Reichsregierung gegen Preußen wird sich der Staatsgerichtshof beschäftigen. Uns hat schon Lassalle gelehrt, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind. Wir rufen deshalb das ganze Volk auf zur Entscheidung über das Vorgehen der Hitlerbarone. Wer Hunger, Terror und Generalsdiktatur will, wählt Nationalsozialisten, wer Brot und Friede und Freiheit will, Sozialdemokraten!



Unsere Bilder zeigen: 1. Ganzbild links: Oberst Helmannsberg, der Kommandeur der Berliner Polizei, wurde in Militärhaft ge-  
verhandelt wird, Ministerialdirektor Dr. Badt, der die Klage der preussischen Staatsregierung vertritt, und Ministerialdirektor Gotthelmer, der Ver-  
treter der Reichsregierung von Schleicher-von Gayl-von Papen. — 3. Mitte unten: Konferenz der Länderminister in Stuttgart: Baum (geschäftsfüh-  
rend in Thüringen), Adelung (geschäftsführend in Hessen), Granzow (Nazil, Mecklenburg) und Küchenthal (Braunschweig). 4. Ganzbild rechts:  
Otto Braun, der gewaltsam abgesetzte Ministerpräsident von Preußen, ein Mann des Volkes und ein Staatsmann ersten Ranges.

## Nazimörder aus Konkurrenzneid

Vor dem Schwurgericht Schneidemühl wurde der Händler Karl Schmidt aus Stegers im Kreise Schlochau wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Beweisaufnahme ergab, daß Schmidt seinen Konkurrenten, den jüdischen Händler Sopp, eines Abends hinterhältig überfallen und niedergeschlagen hat. Sopp erlitt eine Gehirnerkrankung, an der er nach kurzer Zeit verstarb. Schmidt hatte sein Opfer bereits seit längerer Zeit aus Konkurrenzneid mit Gift verfolgt.

Als die Witwe des Verstorbenen Strafantrag wegen des Verbrechens gestellt hatte, weigerte sich das Gericht in Schlochau einzugreifen, weil angeblich „kein öffentliches Interesse“ vorliege! Erst nachdem die Presse den aufsehenerregenden Fall behandelt hatte, leitete der Staatsanwalt die Ermittlungen ein. Der Verteidiger des Angeklagten, ein nationalsozialistischer Rechtsanwalt aus Platon, versuchte, den Vorgang auf das politische Gebiet zu schieben, offenbar, um den Angeklagten später unter die Amnestie bringen zu können. Das Gericht aber lehnte diese Motive ab.

## Fünf Todesopfer des Verkehrs

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich im Westen von München. An einer abschüssigen Stelle riß von einem mit Reis beladenen Lastkraftwagen einer Münchner Kaufirma der Anhänger ab und fuhr nach rückwärts die abfallende Straße hinab.

Ein Mann, der auf seinem Fahrrad ein Kind mit sich führte, wurde erfasst und ebenso wie das Kind auf der Stelle getötet. Dann geriet das Gefährt auf den Bürgersteig und überrannte mehrere Passanten. Eine Frau und ein Mann erlitten tödliche Verletzungen. Ein weiterer Passant wurde schwer verletzt.

Am Stadtausgang von Singzig stieß in einer als gefährlich bekannten Kurve eine mit sechs Personen und einem Kind besetzte Kraftwagenseite aus Godesberg mit einem Offener Lieferwagen zusammen. Eine Insassin war sofort tot. Fünf weitere Insassen wurden schwer verletzt.

Kurz nach dem Unglück fuhr ein schwerer Personentransportwagen auf den Trümmerhaufen auf. Zwei Insassen dieses Wagens wurden durch Glasplitter verletzt.

## Tod durch den Strang

Der Luftmörder Gawlikoff, der vor etwa 2 Monaten ein siebenjähriges Mädchen auf bestialische Weise ermordet hatte, wurde vom Röhninger Gericht zum Tode durch den Strang verurteilt.

Falls der polnische Staatspräsident von seinem Rechte der Begnadigung keinen Gebrauch gemacht hat, wird der Mörder bereits

in der Nacht im Hofe des Röhninger Gerichtesgefängnisses gehängt worden sein.

## Naziterror auch in Oesterreich



Dr. Otto Bauer,

ehemaliger österreichischer Außenminister, Führer der österreichischen Sozialdemokraten, wurde während einer Nationalratssession von einem Heimwehrabgeordneten tödlich angegriffen. Dieser warf einen steinernen Mischbecher mit solcher Gewalt an Bauers Kopf daß der Becher in Stücke zerbrach und Dr. Bauer eine tiefe Wunde erhielt.

## Räuber im Walde

Ein Kraftwagen wurde auf der Landstraße in der Nähe von Pirna von zwei Männern angehalten. Sie bedrohten den Insassen mit Revolvern und rissen ihm die Kleider vom Leibe. Dann durchsuchten sie den Wagen und raubten eine Kaffette mit über 2500 Mark.

Die Täter sind unerkannt im Walde entkommen.

## Flug in den Tod

In Nordfrankreich stürzte ein Privatflugzeug ab und geriet beim Aufschlagen in Brand.

Die beiden Insassen kamen ums Leben.

## Gronau gestartet

Am Freitagvormittag um 11 Uhr ist der Ozeanflieger Wolfgang v. Gronau von Lütt auf Westerland aus zu seinem seit längerer Zeit vorbereiteten Fernflug nach Nordamerika gestartet.

Als zweiter Pilot macht Gerd v. Roth den Flug mit. Außerdem befinden sich ein Monteur und ein Funker an Bord. Der Flug führt in Etappen voraussichtlich bis an die amerikanische Westküste.

## So etwa denken sich's die Nazis

Eine schwer bewaffnete Räuberbande von 250 Mann drang in die Nicaragua-Niederlassung der nordamerikanischen United Fruit Co. am Rio-Grande-Muß ein, raubte alles, was nicht niel- und nagelfest war und richtete ein fürchtbares Zerstörungswerk an.

Ebenso bewußteten die Räuber verschiedene in der Nähe gelagene Farmen. Ein Gutsverwalter und sieben Angestellte wurden getötet, drei Frauen entführt.

## Raubmord an einer Wirtschaftlerin

Die 53 Jahre alte Wirtschaftlerin Margarete Bierhuth wurde in der Wohnung ihrer Arbeitgeberin, Frau Auguste Biem in der Schönhauser Allee in Berlin, tot aufgefunden. Die Leiche lag auf dem Fußboden und wies mehrere Verletzungen auf. Allem Anschein nach liegt ein Kapitalverbrechen vor, das bereits vor acht Tagen begangen sein dürfte. Frau Biem ist seit längerer Zeit verheiratet. Auf einen Raubmord läßt die Durchwühlung sämtlicher Behältnisse in der Wohnung schließen.

## Revolveranschlag im Gerichtssaal

Zu einem aufregenden Zwischenfall kam es vor dem Appellationsgericht in Paris im Verlauf einer Verhandlung gegen einen Hotelbesitzer, der seiner geschiedenen Frau die zustehenden Monatszahlungen verweigert hatte.

Der Beklagte zog plötzlich einen Revolver und feuerte fünf Schüsse auf seine frühere Frau ab, die schwer verwundet zusammenbrach. Mehrere Polizisten stürzten sich sofort auf den Mann und entwaffneten ihn.

## Doch was machen die Werde...?

Aus der Regierungszeit des rumänischen Kabinetts Jorga-Argetoianu erzählt man sich folgende amüsante Episode:

Bekanntlich war es der Regierung Jorga während der letzten Monate ihrer Amtstätigkeit nicht nur nicht möglich, die Beamtengehälter und Pensionen zu zahlen, sondern auch die Offiziersbezüge und Soldatenlöhnungen konnten in manchen Garnisonen nicht mehr aufgebracht werden. Ein Oberst und Kommandant eines Reiterregiments, Kavallerist durch und durch und Verächter aller Federfächer, sah einige Monate lang mit verbissener Wut zu, wie sein Regiment ohne Sold, ohne Menage- und Futtergelder sich kümmerlich durchschlugen mußte.

Als es ihm doch zu bunt wurde, setzte er sich in den Zug und fuhr nach Bukarest. Vom Bahnhof begab er sich direkt zum Finanzministerium. Dort schob er Schulkleute, Portiers, Amtsdienner und was sich sonst ihm in den Weg stellte, beiseite, stampfte sporenklirrend, säbelraffelnd und mit der Reipetische gegen die staubigen Stiefel schlagend über Treppen, durch Gänge und Vorzimmer, schob mit drohender Gebärde noch den letzten angsterbeißenden Wächter von der Tür des Finanzministeriums weg und drang in das Amtszimmer des allgewaltigen Herrn Konstantin Argetoianu ein.

Die Tür aber ließ er hinter sich offen, so daß alle, die sich neugierig und ängstlich auf dem Flur sammelten, den Obristen, vor dem Schreitend des Ministers stehend, schreien hören konnten: „Nun gut, meine Soldaten können leben, denn sie stehlen eben, was sie brauchen. Meine Offiziere können leben, denn sie lassen sich als Liebhaber durchfüttern. Was aber sollen in drei Teufels Namen meine armen Pferde machen?“ Herr Argetoianu aber, dem mit Recht nicht nur viel Miß, sondern auch Verständnis für Miß nachgefragt wird, soll dem wütenden Kavalleristen schmunzelnd auf der Stelle eine entsprechende Zahlungsanweisung ausgestellt haben.

Unwetter über Spanien. In der spanischen Provinz Zaragoza wurden durch Regenstürme und Hagel große Ernteschäden angerichtet. In den nord- und mittelspanischen Gebirgen fiel Schnee.

Tödlich abgestürzt. Ein Amtsgerichtsrat aus Mannheim stürzte bei einer Finsteraarhornbesteigung ab und verunglückte tödlich.

# Der Anschlag auf Dr. Luther

10 Monate Gefängnis für Dr. Koojen, 9 Monate 2 Wochen für den Schützen Kerstcher

Das Schöffengericht Berlin-Mitte fällt am Freitag in dem Prozeß gegen die beiden Angeklagten, die am Abend des 9. April auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin das Revolverattentat gegen den Reichsbankpräsidenten Doktor Luther ausgeführt haben, folgendes Urteil: Dr. Max Koojen, der geistige Leiter der Aktion, wird mit 10 Monaten Gefängnis und Landwirt Kerstcher mit 9 Monaten Gefängnis bestraft. Die Verurteilung der Angeklagten erfolgte „wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Vergehen gegen § 5 der Rotverordnung gegen politische Anschuldigungen vom 28. März und wegen Schußwaffenvergehens“. Die Untersuchungshaft wurde angerechnet, der Haftbefehl aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte gegen die Angeklagten Gefängnisstrafen von drei Jahren und 2 Jahren

3 Monaten Gefängnis verlangt.

Zu der Urteilsbegründung erklärt Landgerichtsdirektor Masur, die Verhandlung hätte erwiesen, daß die Angeklagten nicht einen Anschlag auf das Leben des Reichsbankpräsidenten planten. Sie wollten Dr. Luther nur leicht verletzen. Erwiesen sei auch, daß die Angeklagten weder persönliche Vorteile bezwogen noch aus Sensationslust gehandelt hätten. Die Angeklagten hätten an ihre Idee geglaubt, die Währungstechnik der Reichsbank sei falsch und für das deutsche Volk ein Unglück. Ob die Angeklagten mit ihrer Meinung recht hätten — darüber könne und wolle das Gericht kein Urteil abgeben. Die Angeklagten wollten sich Gehör verschaffen — in der Wahl ihrer Mittel aber hätten sie geirrt und sich strafbar gemacht, wie sich jeder strafbar mache, der mit gewaltsamen Mitteln kämpft.



# Marxismus, die große Tat

## Aus Not und Elend ein Aufstieg - Das Heldenlied des arbeitenden Volkes

Zu den deutschen freien Gewerkschaften gehören über 4 1/2 Millionen Männer, Frauen und Jugendliche. Den Hauptbestand bilden Männer. Die freien Gewerkschaften werden die marxistischen genannt. Ueber 2 Millionen von diesen Marxisten waren Frontsoldaten, 600 000 Marxisten sind auf den Schlachtfeldern gefallen. Die freien oder marxistischen Gewerkschaften besitzen in 128 Städten Gewerkschaftshäuser, 800 Zentralbibliotheken, unterhalten 128 Arbeitersekretariate, haben Schulen, Akademien für ihre Funktionäre geschaffen, haben zum Beispiel in einem einzigen Jahr in 864 Kursen 22 000 Funktionäre unterrichtet. Die freien Gewerkschaften gaben in einem Jahr mittlerer Wirtschaftsprospérité - 1926 - 7 116 000 Mark für Bildungszwecke, 62 000 000 für Unterhaltungen aus. Zur marxistischen Arbeiterbewegung gehört die politische und kul-

Standes. Ueber Deutschland ist aber eine große Woge der Feigheit gekommen: die nationalsozialistische Bewegung. Ihre Feigheit zeigt sie dadurch, daß sie nicht magt, die Bedeutung des Gegners anzuerkennen. Ihre Feigheit zeigt sie ferner damit, daß sie ihre Herrschaft nur auf Zwang und Brutalität aufzubauen beabsichtigt, den freien Wettbewerb aber ersticht.

Eine Bewegung der Lüge ist die Nazi-Bewegung, die den Marxismus als Menschheitsjumpf hinstellt. Es ist diese Lüge, die allen geschichtlichen und wissenschaftlichen Tatsachen frech ins Gesicht speit,

seiner Werkstatt riß, sie in die Fabrik führte und zu Lohnarbeitern machte, begann die große Abwehrbewegung eben dieser Lohnarbeiter, des vierten Standes. Die Maschine trat ihren Siegeszug an. Eine Revolution nahm ihren Anfang. Sie wurde zunächst von Philosophen und Philanthropen



Die gute alte Zeit. Die ersten Jahrzehnte der kapitalistischen Wirtschaft. Obdachlose im Nachtschlaf. Sie haben nicht einmal eine Brötchen, nur ein Seil zum Anknüpfen. Zeitgenössisches Bild von Doumier.



Das ist der gute Bürger aus dieser Zeit. Der Zeitgenosse der Seilschlafers. Kein Wohlfahrtsstaat, eine stilles und gerechte Gesellschaftsordnung.



Arbeiterstreik; Sturm auf die Häuser der Reichen, das waren die Kampfmittel der Verzweiflung, die das Elend nicht wenden. keine Befreiung brachten. Der Marxismus wies erst den Weg aufwärts. Organisation, Solidarität, Aufklärung, Erlämpfung politischer Rechte, richtige Anwendung politischer Rechte.

tuelle Führerin, die Sozialdemokratie. Sie verfügt über 150 Zeitungen und mindestens ebensoviel Buchhandlungen, sie hat in 10 000 Städten und Dörfern Mitgliedschaften, trägt Aufklärung in alle Gegenden des Landes. Die Arbeiterwohlfahrt ist mit ihren 140 000 Mitgliedern die stärkste und innerlich bestgegliederte Organisation für unmittelbare soziale Hilfe. Die sozialistische Jugendbewegung umfaßt Hunderttausende junger Arbeiter und Arbeiterinnen und gibt ihnen einen ethischen und sittlichen Halt. Die Arbeiter-Sportbewegung vereinigt über 1 Million Anhänger. Schulen, musterghütig eingerichtete Zeitschriften, Lehrveranstaltungen mannigfacher Art dienen den Mitgliedern zur geistigen und technischen Weiterbildung. Die Arbeiterkinderfreunde betreuen das Kind, führen Großstadtkinder in die freie Natur. Gesang-, Radio-, Schachvereine und viele andre Organisationen vermitteln den Menschen geistige Werte. Eine Bewegung von reichster Mannigfaltigkeit und gewaltiger Größe hat die Arbeitnehmerschaft in Deutschland erjagt und aufwärts geführt: Marxismus. Geschaffen unter Not und Gefahren von Arbeitern, weitergeführt durch Jahrzehnte von Arbeitern, verteidigt mit Gut und Blut, in Not und Tod. Marxismus!

Ein badischer Ministerpräsident der Vorkriegszeit nannte ihn eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten

nur denkbar in einer Periode der Fackelkreuzverwilderung. Auch die gemeine Verräterei an der Nation, der ganzen Welt gegenüber die große Bewegung der Arbeiterschaft als moralisch minderwertig und antinational zu beschimpfen, ist nur im Zeichen des Fackelkreuzes möglich.

Sadisten, Schwächer und Nichtswisser dürfen aber in Deutschland immer wieder die organisierte Arbeiterschaft schmähen und begeißeln, dürfen Deutschland damit in der ganzen Welt verächtlich machen.

Welche Rolle spielt der Marxismus in Wirklichkeit in der Entwicklung Deutschlands, im Leben der Arbeiter? Als der Kapitalismus den Handwerker, den Handwerker aus

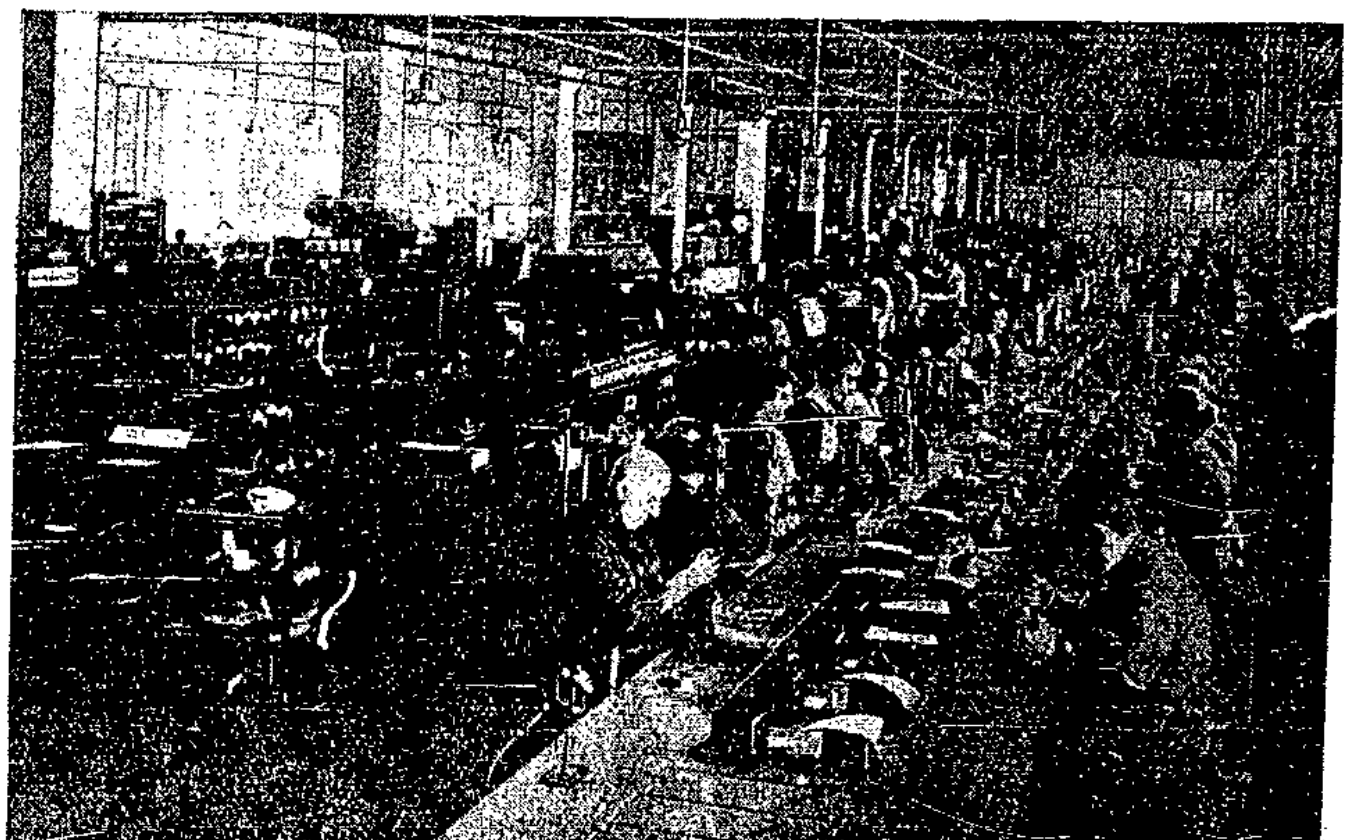
mit Jubel begrüßt. Auch Sozialisten, die heute in der Parteiliteratur die Utopisten genannt werden, wurden in den Bann dieser optimistischen Auffassung gezogen. Die Hoffnung kam auf - die eigentlich auch begründet war - daß die Arbeiter nunmehr alle gute Kleider, Strümpfe und Schuhe tragen könnten.

Die große Enttäuschung; das große Elend kam. Erwerbslosigkeit der Männer, Frauenarbeit, Kinderarbeit. Besonders Kinderarbeit. Und zeitweise Stillstand der gesamten Industrie.

Die Arbeiter verdarben, die Kinder verdarben. Der Hunger ging um; das Sterben kam über die Industriebezirke. In Schlesien verdienten Stricker und Weber 7 bis 10 Groschen die ganze Woche. Vom 4. Lebensjahr an wurden Kinder in die Fabriken geschleppt, mußten 14 bis 16 Stunden arbeiten, durften nicht einmal zum Essen Pausen halten. Sie starben wie die Fliegen. In England, in Deutschland, in allen Industrieländern.

Ihr Leben ist bestialisch, schrieb noch 1866 eine englische Zeitung, und der deutsche Pastor Göhre und Sozialpolitiker schrieb 1907 über die Lage der Heimarbeiter im Erzgebirge, daß im Durchschnitt auf den Kopf täglich etwa 20 bis 30 Pfennig Unterhaltskosten kamen. Davon mußte alles kommen: Miete, Kleider, Nahrung, Steuern, Schulgeld für Kinder. Die damals noch sehr geringwertige Margarine war ihnen schon zu teuer. Die einzige Fleischspeise war - der Hering.

Die Arbeiter empörten sich über die Maschine; rannten gegen die Häuser der Reichen. Bäumten sich auf, wie sich die gequälte Kreatur aufbäumt in ihrer Not, sich instinktiv wehrt. Aber die Maschinenstürme und die Aufstände gegen die Reichen brachten keine Befreiung, wendeten kein Unheil. Verzweiflung der Armen, Verachtung bei den Reichen; oder bei einzelnen Menschenfreunden auch Mitleid, das war die



Die Fabriken wuchsen, mit ihnen die Städte. Die Organisation wurde zur gebieterischen Pflicht. Ohne Organisation keine Wirtschaft. Ohne Organisation keinen Fortschritt.



**Stimmung und der Geist der Zeiten.** Da trat Karl Marx, der Wissenschaftler und Forscher, der große Lehrer der Arbeiterklasse hervor und sagte den Arbeitern: nicht Verzweiflung, nicht der Sturm auf Maschinen, nicht das ziellose Aufhäufen der Armen, aber auch nicht das Mitleid der Reichen löst die große Not, sondern eine andre Macht. Die Idee der Befreiung durch die Arbeiterklasse selbst. Organisation, Solidarität, Ausflutung, politischer und wirtschaftlicher Kampf. Das Ziel: die Höherentwicklung des Lebens der Arbeiterklasse; die Umgestaltung der Gesellschaft. Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse: **Marxismus.**

Das Werk begann; die Elite der Lohnarbeiterschaft bestimmte Richtung und Wesen der Bewegung. Lesezirkel, Bildungsgemeinschaften, Organisationen, Zeitungen, Literatur. Nach dem Krieg von 1870/71, der zwar den Milliardenreichtum brachte, die großen Industrieunternehmen, aber der Lohnarbeiterschaft keine Linderung der Not, ein schneller Aufstieg der Bewegung, dann gewalttätige Unterdrückung durch das Sozialistengesetz. Auflösung aller Organisationen, Verbot aller Zeitungen, 1500 Jahre Gefängnis für eine politische Gesinnung, nicht für verbrecherische Handlungen.

In dem Jahrzehnt — von 1878 bis 1890 — da die Arbeiterklasse geknebelt war, sich nicht zu wehren vermochte, häufte sich bei den Besitzenden der Reichtum. Im Jahre 1870 gab es in Preußen 3000 Millionäre, im Jahre 1900 42 000.

Und die Arbeiter in diesen Zeiten der Prosperität? Der nationalliberale Abgeordnete Löwe erklärte am 27. April 1877 im Reichstag: „Wenn Kartoffeln fehlen, dann betteln die Familien bei besserstuitierten Bürgern um Kartoffelschalen, um sie zu kochen und zu verzehren.“

Arbeiter konnten häufig ihre Kinder nicht in die Schule schicken. Es fehlte an Schuhwerk, an Kleidern, an Büchern.

Aber die Not wurde überwunden, das Sozialistengesetz fiel, die Organisationen entstanden von neuem. Eine neue Periode des technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs setzte in den 90er Jahren ein. Deutschlands Industrie kam voran. Das wäre nicht möglich gewesen, ohne die sozialistischen Arbeiter, die im Denken und Handeln, im Leben und in der Arbeit organisiert, das heißt Verbindungen sahen und als Gesetze anerkannten.

Als der Weltkrieg ausbrach und nicht nur in der Armee, sondern auch in der Heimat Zusammenwirken sein mußte, bezeichneten es bürgerliche politische Führer als ein Glück, daß das deutsche arbeitende Volk organisiert sei. Organisiert durch den **Marxismus.**

Als das alte Deutschland zusammenbrach, trat die marxistische Arbeiterkraft herzu und suchte zu stützen, was für die Nation lebensnotwendig war. Neuer Staatsaufbau, neue Wirtschaft, die sich hoffnungsvoll aufbaute, waren nicht zuletzt die Auswirkungen marxistischer Staatsführung. Zerfallen wurde der Weg, der schon angelegt war. Von Engstirnigkeit und Egoismus; von Verantwortungslosigkeit und Herrschsucht.

Die sozialdemokratische Staatsauffassung verlangt Hilfe für die Schwachen: Sozialstaat, Wohlfahrtsstaat. Ganzahl, dazu steht der **Marxismus.** Und nur durch die Sozialdemokratie ist die soziale Hilfe eine gesetzlich verankerte Verpflichtung der Staaten und Gemeinden geworden.

Die Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen bedeutet aber auch die Erhaltung einer Lebensordnung in den Städten und Gemeinden, bedeutet Unterstützung auch des Gewerbes. Die sozialdemokratische Politik ruht auch dem Kleingewerbe.

Der **Marxismus** hat bei der Errichtung eines neuen Staatswesens die Hauptarbeit geleistet. Er hat Deutschland gerettet, das Volk gerettet. In schlimmsten Zeiten, da kein Prinz, kein General, kein Ritter und kein Goebbels wagte, große Sprüche zu machen. Hinterlist und Gemeinheit haben ihn immer von neuem meuchlings überfallen, haben sein Werk gestört.

Die Sozialdemokratie, die sich zum **Marxismus** bekennt, hat das arbeitende Volk emporgeführt. Aus Menschen, die „bestialisch lebten“, die in sittlicher und körperlicher Not umkamen; aus rechtlosen Heloten hat sie in jahrzehntelangen Ringen und Kämpfen selbstbewusste Menschen, wirkliche Staatsbürger, gemacht.

Sie konnte nicht hindern, daß die große Weltwirtschaftskrise ausbrach, die jenseits und diesseits der Meere das Leben und alle Eigentumsverhältnisse von Grund auf umwälzte. Sie konnte das große Erdbeben nicht hindern, das Millionen in allen Industrieländern in die Gründe der Verzweiflung wirft. Keine Macht der Erde konnte das hindern.

Aber die Sozialdemokratie hat das große Rettungsmerkmal am Menschen fortgesetzt, hat geholfen, geführt in dieser schweren Zeit eines Lebergangs.

Und jede Rundgebung, die junge, frische und tüchtige Menschen zeigt, die geführt wird von Frauen und Männern, die trotz aller Not ungebrochen und zuversichtlich sind, ist eine Bestätigung für die sittliche und kulturelle Kraft des **Sozialismus**, ist ein Triumphzug des **Marxismus.**

Der **Nationalsozialismus** hat dagegen nur Zerrüttung und Untergang gebracht. Genau in demselben Maße, wie er seine Wählermassen vermehrte, wuchs die Benachteiligung der Wirtschaft, ging die Arbeit zurück, stieg die Zahl der Erwerbslosen, sank die Hilfsmöglichkeit durch Gemeinden und Staat.

**Marxismus ist Aufstieg, Solidarität und Kultur; ist Leben und Zukunft.**

**Nationalsozialismus ist Barbarei, Untergang, Tod und Vernichtung.**

Am 31. Juli muß sich das arbeitende Volk entscheiden, ob es **Solidarität und Aufwärtsentwicklung** will, oder **Untergang, Not und Tod.**

Ersetzt für **Gesundheit, Kultur und Solidarität** ein Wahl **sozialdemokratisch.**



Das ist ein Stück **Marxismus**: Leben, Zuversicht!

Unsere Ausfuhr fällt also schneller als unsere Einfuhr, woraus sich der ganze Anflug der Autarkie ergibt.

Entwickelt sich der deutsche Handel weiter auf dieser Linie, dann wird demnächst nicht nur die Frage brennend, wie Deutschland Zinsen und Amortisationen für seine privaten Schulden bezahlen will, sondern auch die andre Frage, woher Deutschland die Devisen zu nehmen denkt, die notwendig sind, um die Rohstoffeinfuhr nach Deutschland zu bezahlen. Auf diese kann Deutschland aber nicht verzichten, wenn es seine Arbeiterschaft auch nur in dem bisherigen Umfang beschäftigen will. So steht das Angebot der Autarkie in Wirklichkeit aus.

**Die Einfuhr im Monat Juni**

wird mit 364,4 Millionen Mark angegeben gegenüber 351,1 Millionen im Vormonat. Die Steigerung beruht auf einer vermehrten Einfuhr von Weizen. Infolge des Weizenmangels hat das Reich die Weizenablä zeitweise ermäßigt, um den Bedarf zu decken. Die Rohstoffeinfuhr ist mit 176 Millionen Mark gegenüber dem Vormonat ungefähr gleich geblieben.

Bei der

**Ausfuhr im Monat Juni**

ergibt sich gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 437,9 Millionen Mark auf 448,8 Millionen Mark, wozu noch 10 Millionen Mark (im Vormonat 9 Millionen) an Reparationsfachleistungen kommen.

Bei der Fertigwarenausfuhr, die im Monat Juni 1932 nur 361,9 Millionen Mark betrug gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 615 Millionen Mark im Jahre 1931, liegt eine geringfügige Steigerung um 6 Millionen Mark vor.

So ergibt sich für den Monat Juni ein Ueberschuß von 79 Millionen Mark gegenüber 87 Millionen Mark im Vormonat. —

**Verbraucher und Bauern geschädigt**

Wie sehr die Zoll- und Preispolitik der von den Nazis gestützten Uebelregierung unsere Ernährung verteuert, die Beschäftigungsmöglichkeiten verringert und die Volksgesundheit ruiniert, geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Preise in Berlin	Preise auf dem Weltmarkt (Freihafen Hamburg)
	(in Reichsmark für Ende Juli)	
Weizen pro Tonne	250	85
Roggen " "	185	70
Hafer " "	160	75
Gerste " "	165	72
Maïs " "	180	63
Zucker " Zentner	32	5

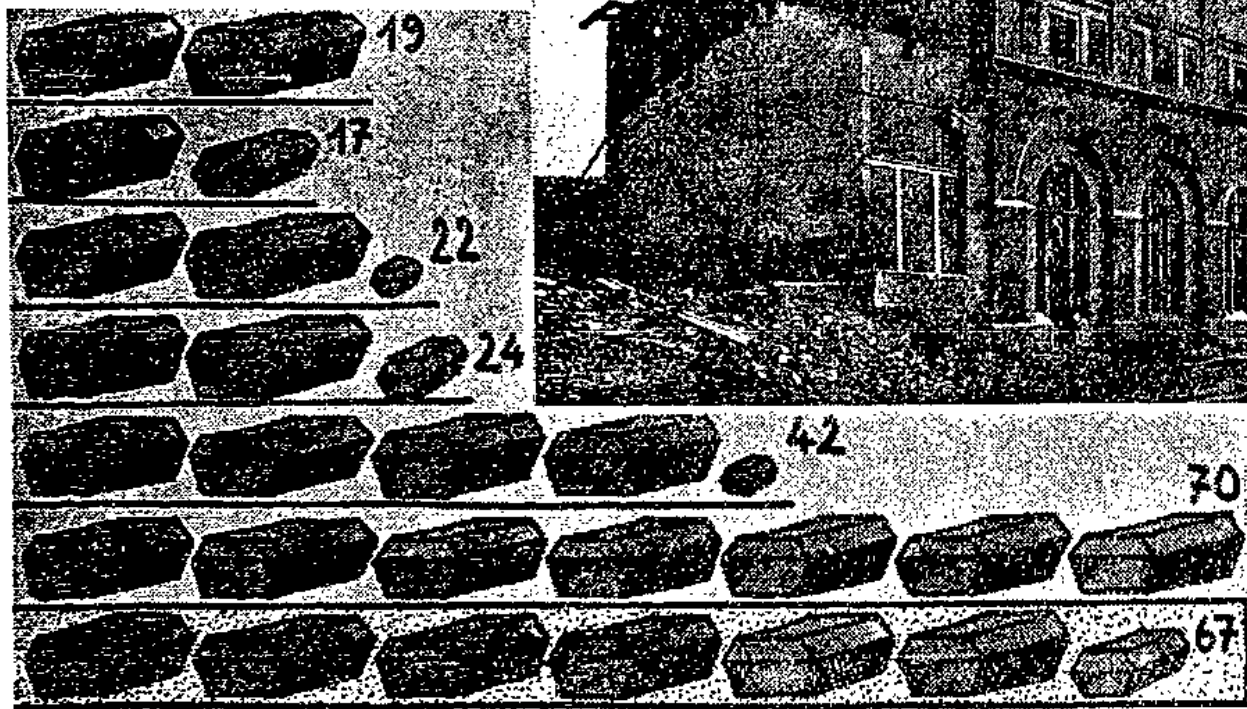
Unter dieser Preis- und Zollpolitik leiden die Verbraucher und die Bauern, die teure Futtermittel kaufen müssen. Es ist höchste Zeit, daß hier eine Umkehr erfolgt. Die Wirtschaft kann diese Preisdespotie nicht länger ertragen. Die Preisbildung muß vom großagratischen Einfluß befreit werden. Wählt deshalb am 31. Juli Sozialdemokraten, Liste 1. —

**Wie gegen die Bauern regiert wird**

Die angebliche Bauernfreundlichkeit des Ernährungsministers Baron von Braun zeigt sich immer mehr von der bedenklichen Seite. Er hat den Monopolpreis für Maïs von 140 auf 180 Mark erhöht und die Kosten der bäuerlichen Schweinemäster stark verteuert. Für die Großgrundbesitzer, die schon wissen, weshalb sie

**Autarkie-Anflug in Zahlen**

Autarkie, die Hitler und die Nazis als Wirtschaftsform für das Dritte Reich fordern, bedeutet, sich unabhängig von der Wirtschaft anderer Länder machen und mit den eigenen Bodenschätzen das Volk zu ernähren und die Industrie im Gang zu halten. Diese „Selbstgenügsamkeit“ haben wir ja im Kriege kennengelernt mit all ihren Schrecken und Leiden der Bevölkerung. Wir haben einmal genug davon und die Wähler müssen am 31. Juli durch die Wahl von Sozialdemokraten die Autarkiepläne der Nazis verhindern.



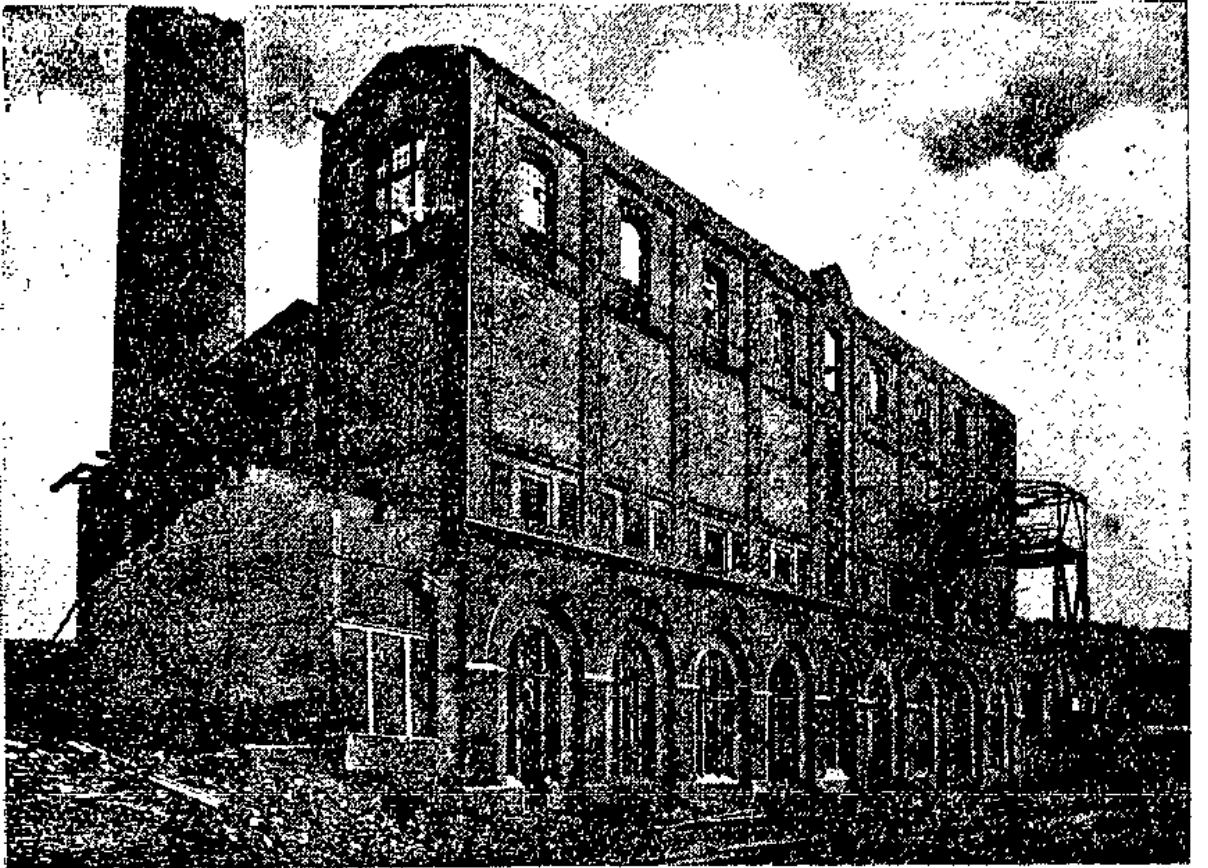
Die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1932, über die das Reichsstatische Amt am Freitag Bericht erstattet hat, gibt zu starken Bedenken Anlaß. Sie zeigt, daß Deutschland während des Katastrophenjahres

1931 mit einem **Ausfuhrüberschuß** von rund 3 Milliarden Mark eine Sonderstellung einnahm. Damit ist es jetzt gründlich aus. Diese Entwicklung beruht auf der abnehmenden Kaufkraft der Weltmärkte, auf den Autarkiebestrebungen und nicht zuletzt auf der unbegreiflich törichten deutschen Handels- und Zollpolitik, die in wichtigen Abnehmerländern zu einem Boykott bzw. zur Abwehr deutscher Wareneinfuhr geführt hat. Wir haben in Deutschland keineswegs Veranlassung, uns Kunststücken auf dem Gebiet der Autarkie zu leisten. Die Lage ist ernst genug, daß unsere Handelspolitik sich von dem Einfluß der Autarkie, mit der die Nationalsozialistische Partei tagen und tagaus auf dem Lande hantieren geht, befreit. Und zwar gründlich und recht schnell. Ehe es zu spät ist und Hunderttausende diesen Viotismus der Nazis mit Arbeitslosigkeit bezahlen müssen.

Die **Wareneinfuhr** nach Deutschland wird für das erste Halbjahr 1932 mit 2387 Millionen Mark angegeben. Die **Ausfuhr** beträgt 2927 Millionen Mark, wozu noch 62 Millionen Mark an Reparationsfachleistungen kommen. Danach beträgt der **Warenausfuhrüberschuß** im ersten Halbjahr 1932 540 Millionen

und, wenn man die Reparationsfachleistungen einberechnet, 602 Millionen Mark. Der Abfall des Ausfuhrüberschusses gegenüber dem Vorjahr ist aber nicht das Bedenkliche. Bedenklich ist vor allem, daß, wenn man die Mengen berücksichtigt,

die **Wareneinfuhr** nach Deutschland nur um 14,8 Prozent zurückgegangen ist, die **Ausfuhr** dagegen um 25,7 Prozent.



Das hat bisher der **Nationalsozialismus** in Deutschland geleistet: **Verwüstete Wirtschaft, stillgelegte Betriebe, Tote auf den Straßen, Särge, Gräber, Verwüstung, Untergang.**

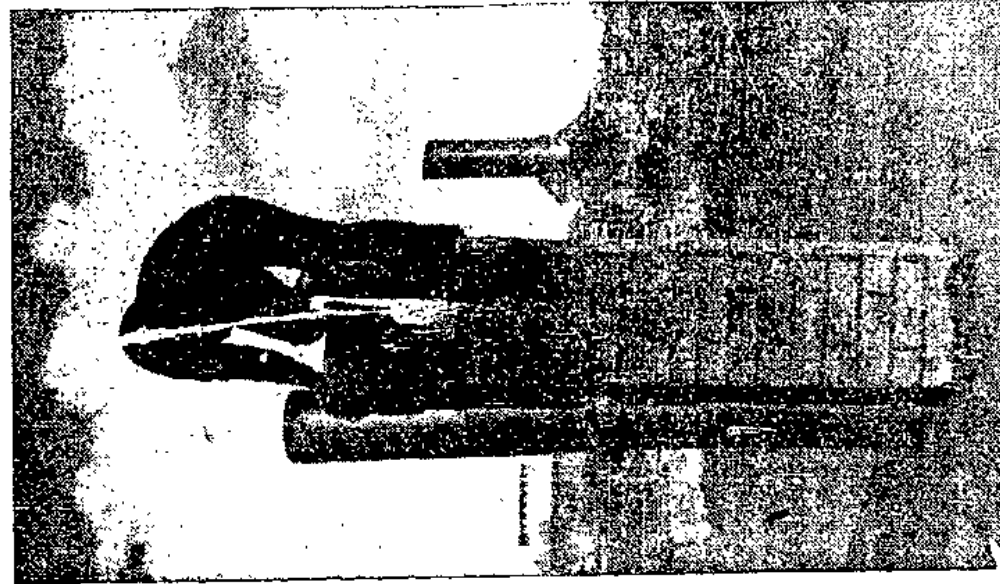
die Nazis unterstützen, wird alles getan. Für den Bauern hat man nur Versprechungen übrig.

Jetzt hat der Herr Baron von Braun verfügt, daß die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft in Verkopplung mit den noch vorhandenen Beständen an Ruffenroggen Gerste an Schweinemäster liefern soll. Der Abgabepreis für eine Tonne Gerste und eine Tonne Roggen beträgt zusammen 320 Mark, wovon auf Gerste 170 und auf Roggen 150 Mark entfallen. Der Durchschnittspreis für das Futtermisch stellt sich also auf 160 Mark je Tonne. Damit sei, wie es in der amtlichen Mitteilung heißt, „ein Preis erreicht worden, der vom Standpunkt des Verbrauchers aus als günstig zu bezeichnen ist.“

In Wahrheit bedeutet aber diese Aktion nichts anderes als eine Stützung des Getreidemarktes und damit der am Getreideverkauf interessierten Mittergutsbesitzer. Der Roggen wird nämlich nicht, im Gegensatz zur Gerste, sofort, d. h. im Juli und August geliefert, sondern erst im Winter. Außerdem macht die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft, also das Reich, ein gutes Geschäft, da sie ihren im Frühjahr eingekauften Ruffenroggen nunmehr für 160 Mark verkauft. Auf dem Weltmarkt kostet Roggen aber nur 70 Mark, so daß das Reich abzüglich aller Kosten und der Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis bei der Gerste ungefähr 70 Mark je Tonne verdienen wird. Selbstverständlich sind die Gerstenpreise sofort nach Anfündigung der Aktion gestiegen. Wie wir hören, soll der Gerstenpreis bis auf 180 Mark getrieben werden.

Das Ganze ist also keine Hilfe für die bäuerliche Veredelungswirtschaft, die infolge der niedrigen Fleischpreise dringend einer Senkung der Produktionskosten benötigt, sondern nichts anderes als eine üble Preistreiberi zugunsten der Getreideproduzenten. Das ist die Hilfe der von den Nazis tolerierten Uebelregierung für die Bauern. Wer es mit der Befreiung der Lage der Landwirtschaft ehrlich meint, wählt **Liste 1.** —





zu begehren, um weiter dem Wuchern des Infranks zu steuern oder ungeschaffene Städte (den Windfall) wieder aufzurichten. Dann lautet eines Morgens die Gesele, oder der Wingerschüpe schließt mit seiner Pistole, und allermächtig poltern die Fuhrer mit der großen Krausenbütte und der Mühle darauf zum Dorfe hinaus. Jeder und Leferinnen, viele von auswärts gebungen, folgen dem Wagen, umern Arm das kleine Leferntischen und die Krausenbütte in der verflammten Hand. Jeder sucht die Städte der ihm angewiesenen Zeile

(Fortsetzung Seite 235)

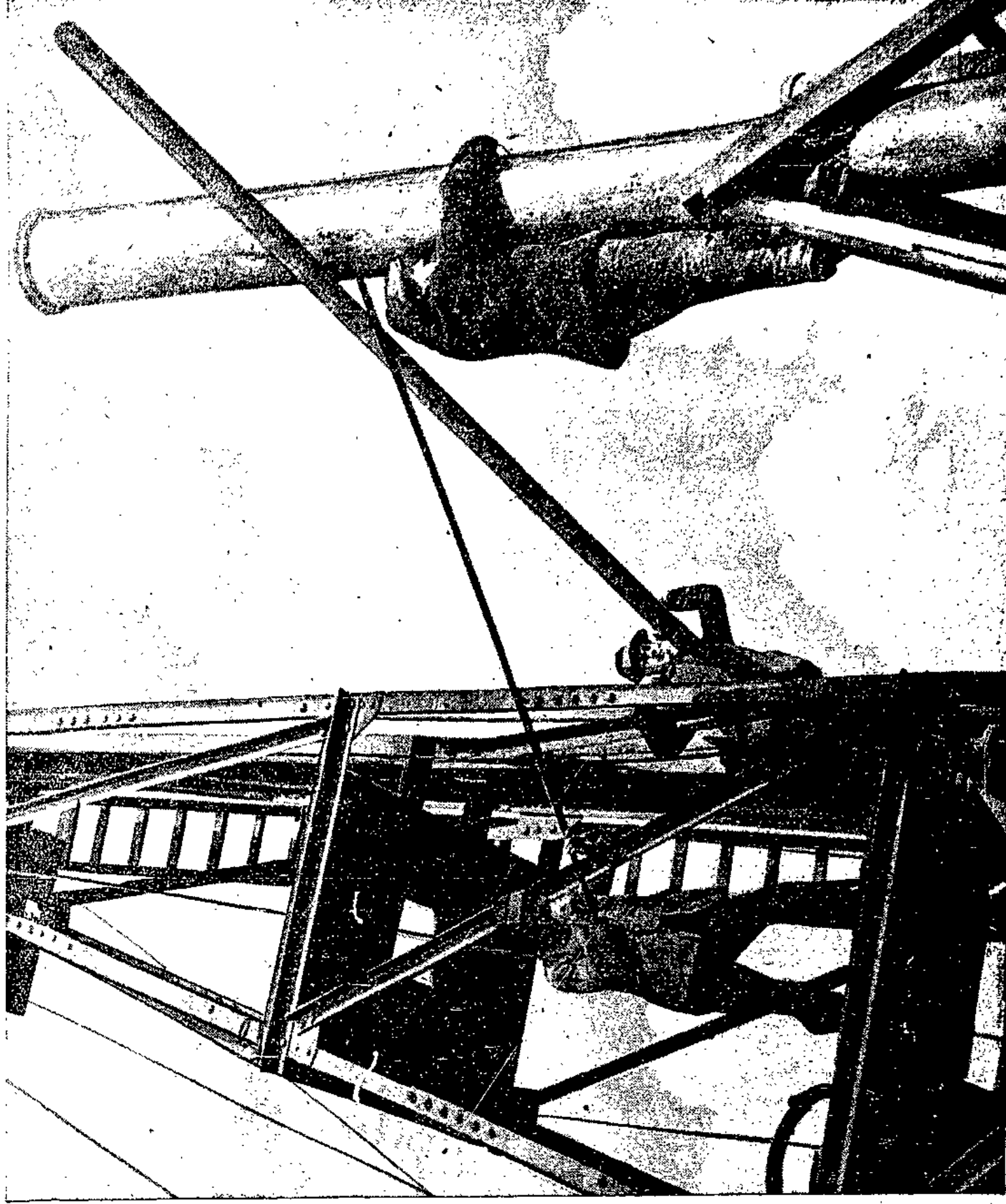
### Gefahren der Arbeit

Bild links:

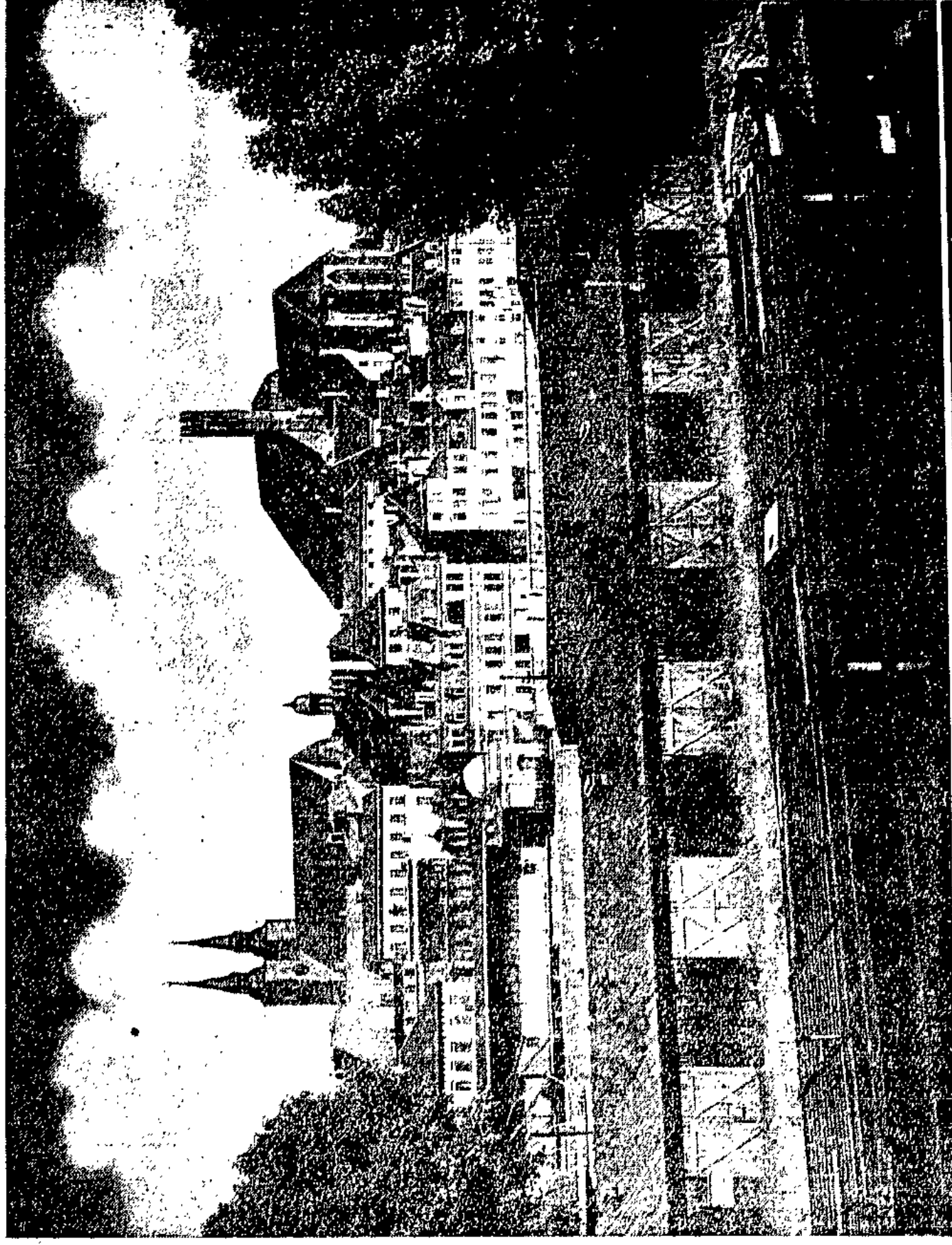
In doppelter Beziehung: schwarzer Künfler

Bild rechts:

Zwischen Himmel und Erde



Arbeit wird Krobantiz



### Seht als Brüder in den Kampf

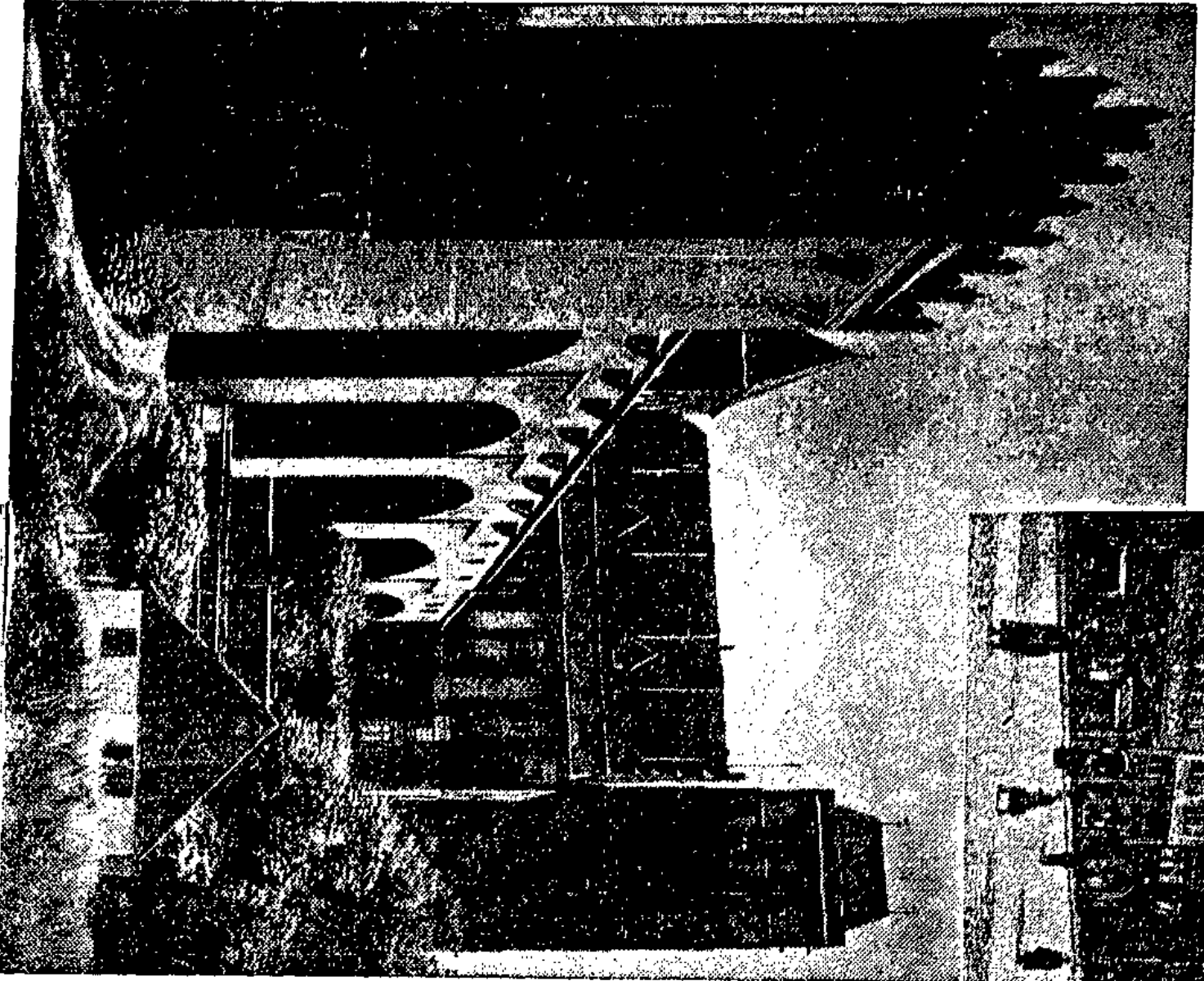
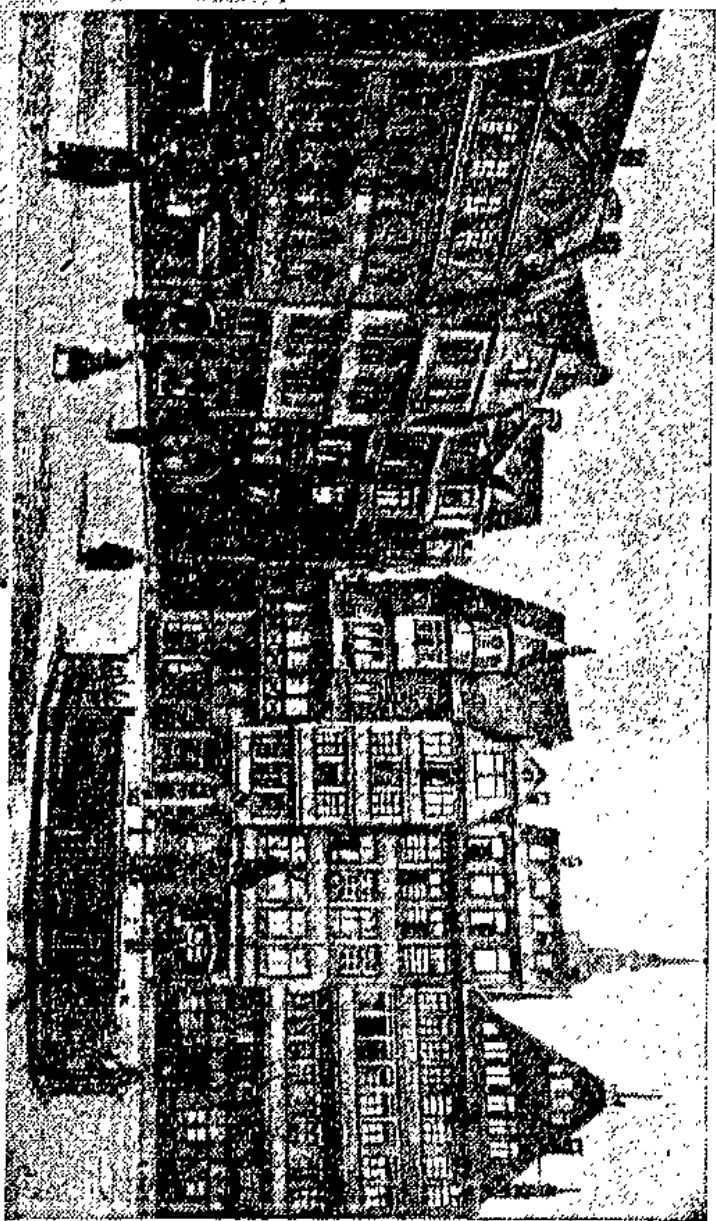
Was bereinigt uns? —  
 Eine große Idee!  
 Ein Wollen, ein Weg —  
 und der Gegner Laß!  
 Nun Kameraden, das ist schon etwas!  
 Aber das, nur das allein  
 soll — darf nicht Höchstes und Letztes sein!  
 In diesen Stunden, in diesen Tagen,  
 wo sich die Ereignisse jagen —  
 wo der Auftrieb der Reaktion  
 dreht, zu verewigen Not und Fron,  
 wo man Jahrzehnte verliert und gewinnt —  
 wo Bruderblut auf Straßen verrinnt —  
 wo die Geselehen den Letzten erlassen —  
 wo Taten nur wiegen — wo Worte verwehn —  
 wo's heißt: vor der Geselehe beistehn!  
 da gibt es nur eins, Kameraden, Genossen:  
 Enger, noch enger zusammenzuschließen!  
 Daß keiner verlaget, verzagt, erschläßt,  
 schließt eine Not- und Todesbrüderchaft!  
 Reißt alle Schranken der Fremdheit nieder:  
 Seid einig — seid einig!  
 Zur Freiheit als Brüder!

Kutt, ein Wirtler.

Magdeburger Bild: Bild über Ingerschuppen und die Stromscheibe auf die alte Stadt. Links: Jakobikirche. Rechts: Wallonisch-Reformierte Kirche. — Bild rechts: Die Petrikirche ragt über die alten Häuser hinaus.



fortglättig ab, fehrteub, fimm und un-  
 freubig, wenn nicht gerade ein griffobob  
 bobei ift. Strenbe ftrazern bie Seiterfäume  
 in ben Seunen unb rinnen Stäbe gelb-  
 braunen Stofes in bie Stuten. Sie kom-  
 miffionäre unb Seirfhandler gefen umher,  
 proben, nügen unb faufen, unb bamn inbelleit  
 Ingefang aus ben Seifen unb beim inbelleit  
 überhäufer unb Seiler ber ruzorende Stof,  
 bie er flog in betrübflichen Seberweifen bee-  
 bombelt hat. Sie wicere Sehandlung bee  
 noch immer nachgärenben „Seunen“, bas  
 mehramalige Stüpfen von ber Seife, bas



Stäben, Efrönen, bas Seigern unb Stüpfen,  
 ift in ber Megele Seide ber Seirfhandler unb  
 ihrer Seammiffionäre. Aber auch ber Stüger  
 muß fuch bobort verfehen; beim oft genug  
 bleiben ihm bie Seider bis ins anbre Jahr  
 liegen, bobelt bitter, ba er fuch trotzdem  
 nicht Junge unb Seunen an ihren laben  
 boarf; zum Seanzum muß ihm feion ein-  
 mubere Seerofen ober gar ein Seberauf-  
 guß genügen, in ben fauren Seofen mie  
 auch beim frohen Seife, bei Seiberneffen  
 unb Sefermatern, bie monigerois Seame-  
 zooligarten um ben fauflichen Seirfhandlung  
 feberer. Stügerseife bogegen find burzans  
 nichts allgemeinen Heiliches. Nur in iocentigen  
 Stügerorten kann man fie; wo fie aber  
 gefeiert werben, ba bleiben fie auf unrafen  
 boben ber Heberlieferung, unb ba belohnt  
 beim auch bas rberntliche Seirbauernum  
 einen Seifen Efang von Seonant.

**Stuch Spritfchmuggler  
 arbeitslos!**

Statt Epriffchmuggel — Seeringsfang!  
 Als bie Epriffchmuggler heulich in Seient  
 ihren Seingreit boffen, war bas Seiffchlag  
 groß. Ob es nun Epriffchmuggler aus Seonant,  
 Seonant ober Seimlanb waren, ganz  
 gleich, fie verlorer alle bittore Seorte über  
 ihr „traagliches“ Eaditel, bob fie ganz  
 plöflich arbeitslos geueeben fun. Da Seim-  
 lanb mubier nach mure, lobnt fuch ber Eprif-  
 fchmuggel nicht mehr, beim bogegen ber ge-

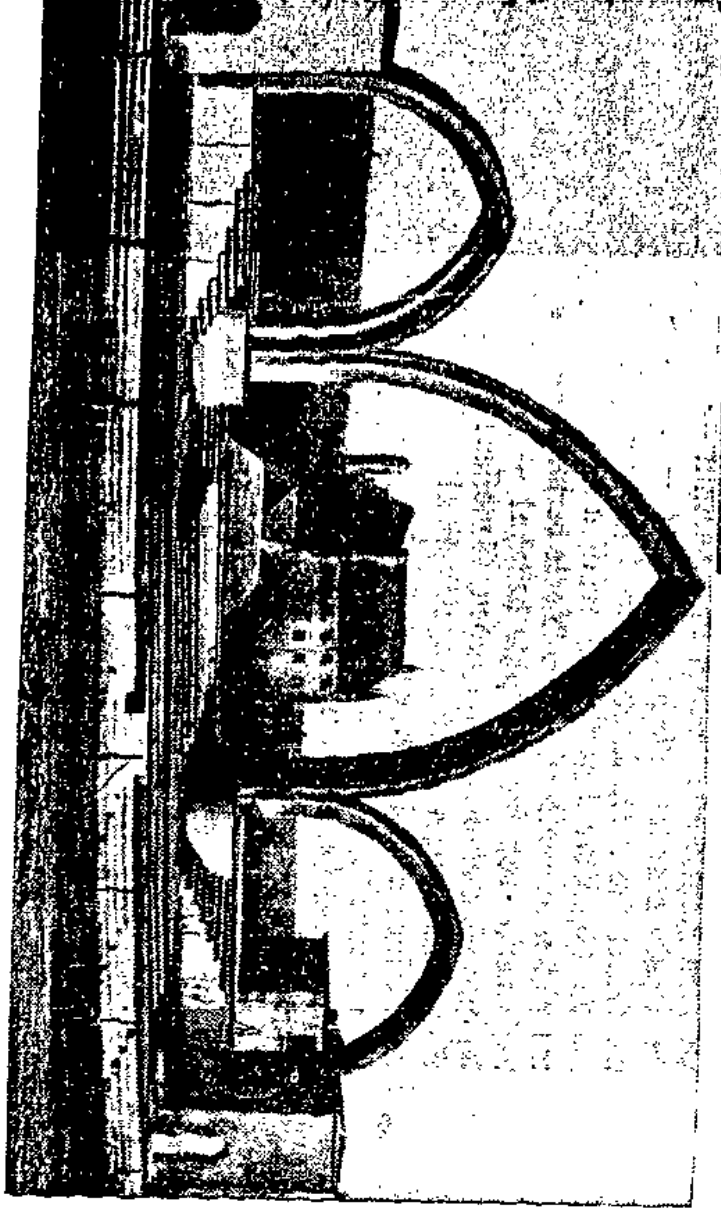
**Die alte beuffche Stadt**

Oben:  
 Ser Seimerberg in Stt-Geantfurt.

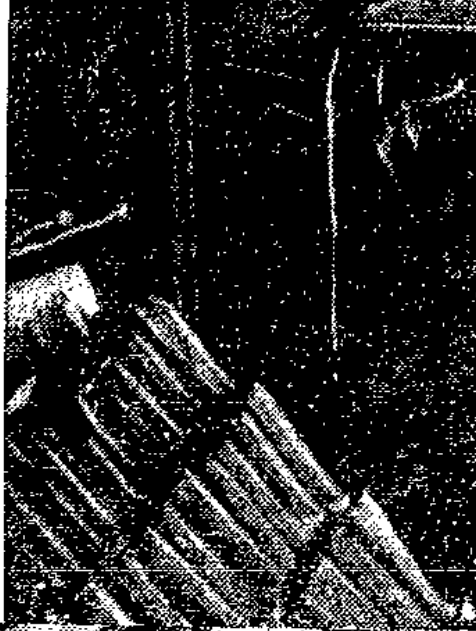
Mitte:  
 Seitanficht bee Seimfelfes in Strenten-  
 mubier, bas im 12. Sehrhundert zur Seit  
 bee Seimpe bee beuffchen Ebernsritter ge-  
 grübet wurte.

Unten:  
 Rom Selef aus Amwerfchänsthal.

Schlöß Stantung a. h. Seim ift jeht zu einem  
 Heberfeifeinfuhr. Amgenombel moeben.  
 Seifer Stb genöht einen Stid burz bie  
 Seartmager Seaturfänge.



Stiffup II. bie Stobt beufel unb feine  
 Seibung nach Seacht beufel, fann man  
 faher einwandfrei feiffellen. Mägich ift  
 es, bob er feift bor bee Seacht bee Seife,  
 bie fag hier groß fat, flüchtete, ihr ein  
 Ögegenweidit flaffen mohte, bas politifche  
 Seentrum Meubrid. Seleo bobelt iebenfalls  
 auch beim nach feinen Seamen „Imperial  
 y coronada“, unb oft fämeche es ben  
 Ipreven Seerfgerern von Seonien bor. ihren  
 Eite mubier nach Seleo zu beufelgen.  
 Es ift fehr leicht, zu fagen: „unb bamn  
 beufel Seleo“ unb mure aus einer  
 bihebenden Eraft von 200.000 Eimwohnern  
 „ein totes Meufum“, wie es in ben Sehreren  
 feht. Was waren bie Irifchen biefes Se-  
 falgs? Es will mir feheinen, bob biele  
 Eraft am Untergang ihres Meufetums  
 gurgunde ging, bob fie nicht beim beuffchen  
 Meberfch, beim bee manerfchen Meufetums,  
 beim bee Seunen unb erbildt beim bee ihre  
 Eelffchindigkeit kämpfenden Eraften, bee  
 Seonmurerz, hembhalten fante. Es  
 will mir feheinen, bob bie Seirfen unb  
 Meifer, bie bie Eraft in bee Seand fehellten,  
 keine algu guten Reuebatter waren, unb  
 bob Seleo nun, bee bie Epeoraffe Seonens  
 feiber flutlos gewoben ift, nur noch eine  
 Seonfentkraft fein kann.  
 Dennoch, fat ift biele Eraft nicht, beim  
 fat ift noch keine einrige Eraft, bie Me-  
 gerte find anruff gefchaffen, unb nun haben  
 nur noch bie Egeffimier bee Meife, bie  
 fanfend Meabe unb Meubriden gulliften ihren



Meifium unb bee Meacht bee Seuberfamilien  
 in Seleo ergüben, wenn fogar manche  
 Etraßen nach ben mächtigen unter ihnen  
 benannt fun, fo barf man bob nicht bee-  
 geffen, weifch fchreidliches Ende feuff bee  
 Seuchmeifer bee Meifings Sebro bee Seure-  
 liden, Seonuel Seon, gefunden hat. Me-  
 quiffition unb Seerbennung bee Seunen mar  
 aber nicht bie einrige bunte Seile im Öe-  
 fchäftsbund bee katholifchen Meifige von Ze-  
 leo. Im 16. Sehrhundert fämpften hier  
 bie Seonmurerz, bie Meirfchiger bee Meife  
 bee Seonmurerz, ihren Seumpf aus, bee mit  
 bee Meiberlage bee Seerzeugung unb ihrer  
 Seifen, bee Seun bee Seabilla unb feiner  
 Meifine Maria Seafeca, erbeite. Meatum

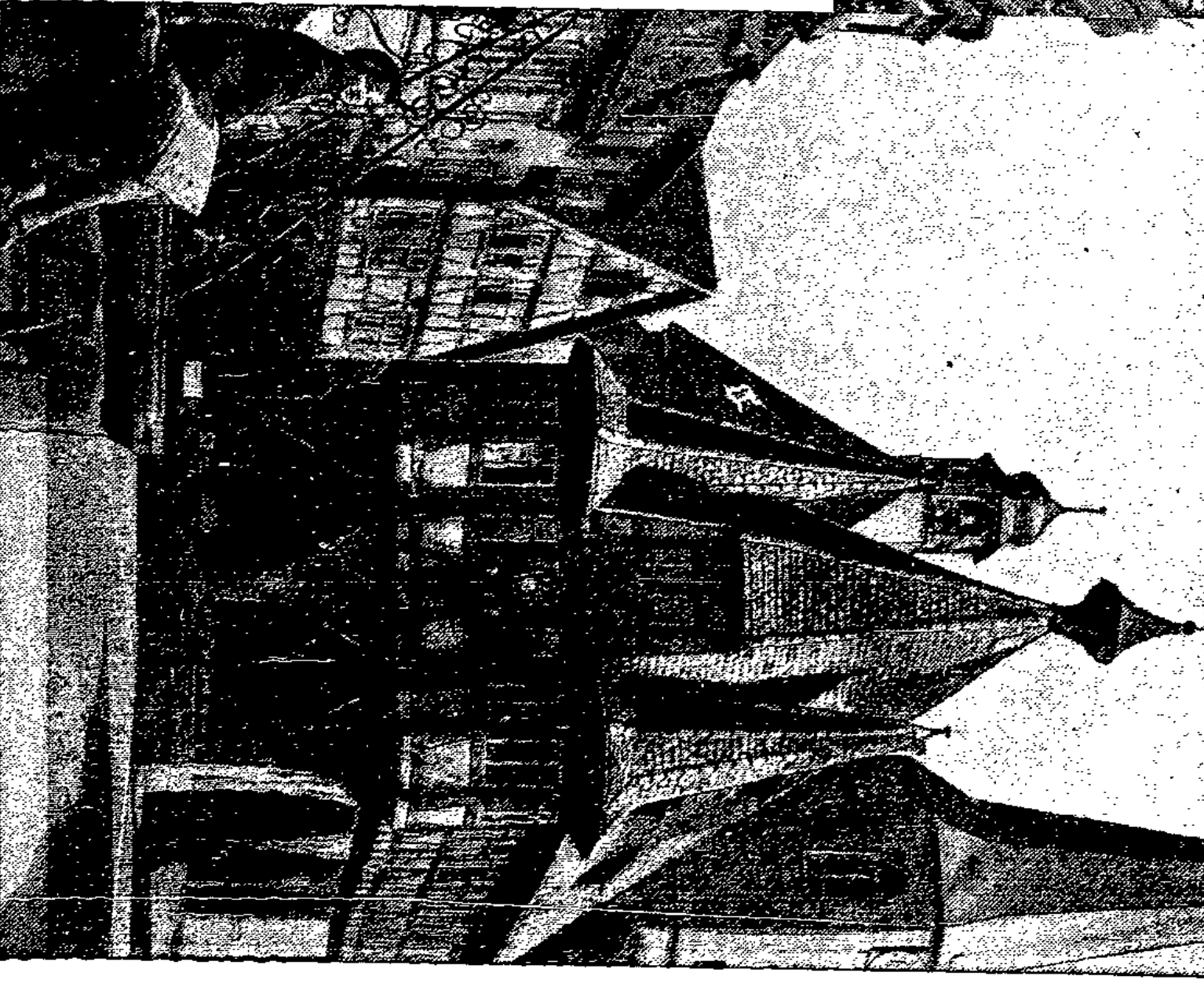
**Die alte beuffche Stadt**

Oben:  
 Das Meimenterfer

von Stael Epifweg (1808—1885). Ein  
 Meier, bas von allen Epifweg-Meifern mochl  
 am meiffen bie Meirfche bee großen Meirfer-  
 Seunortfiken für bie febenentworfliche Seide  
 inberfeileget.

(Refo: F. Seirndmann Me., Meifingen.)

Unten:  
 Meirte in Meirfchkeit mit alten Seirwert-  
 Meirtern, bie beim Öeunwalb-Eiffchlag ein  
 fo trantes Meuffchen geben.





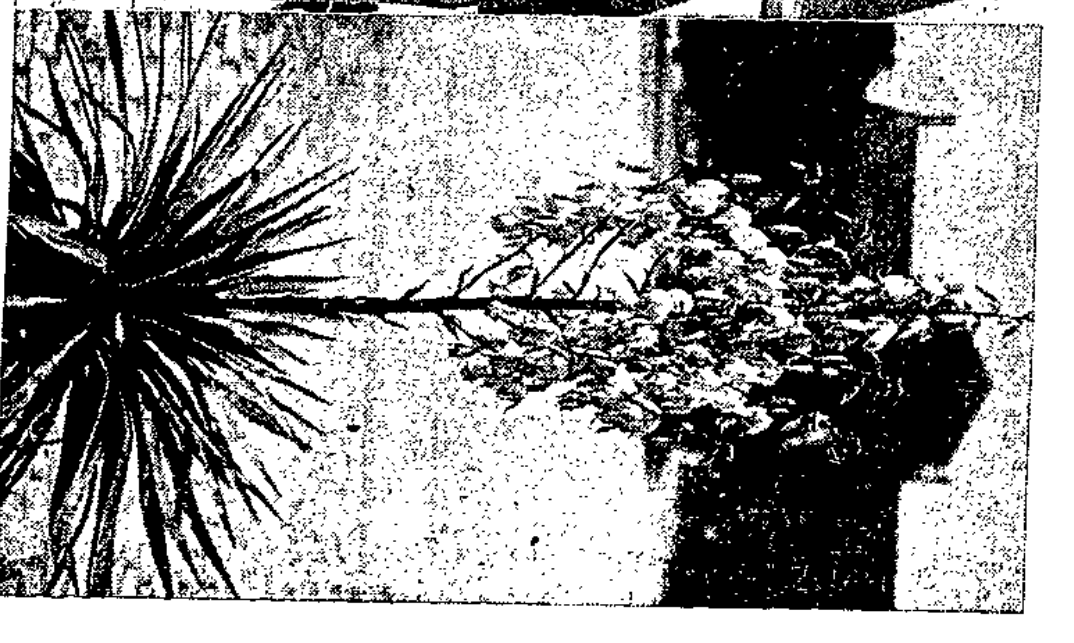
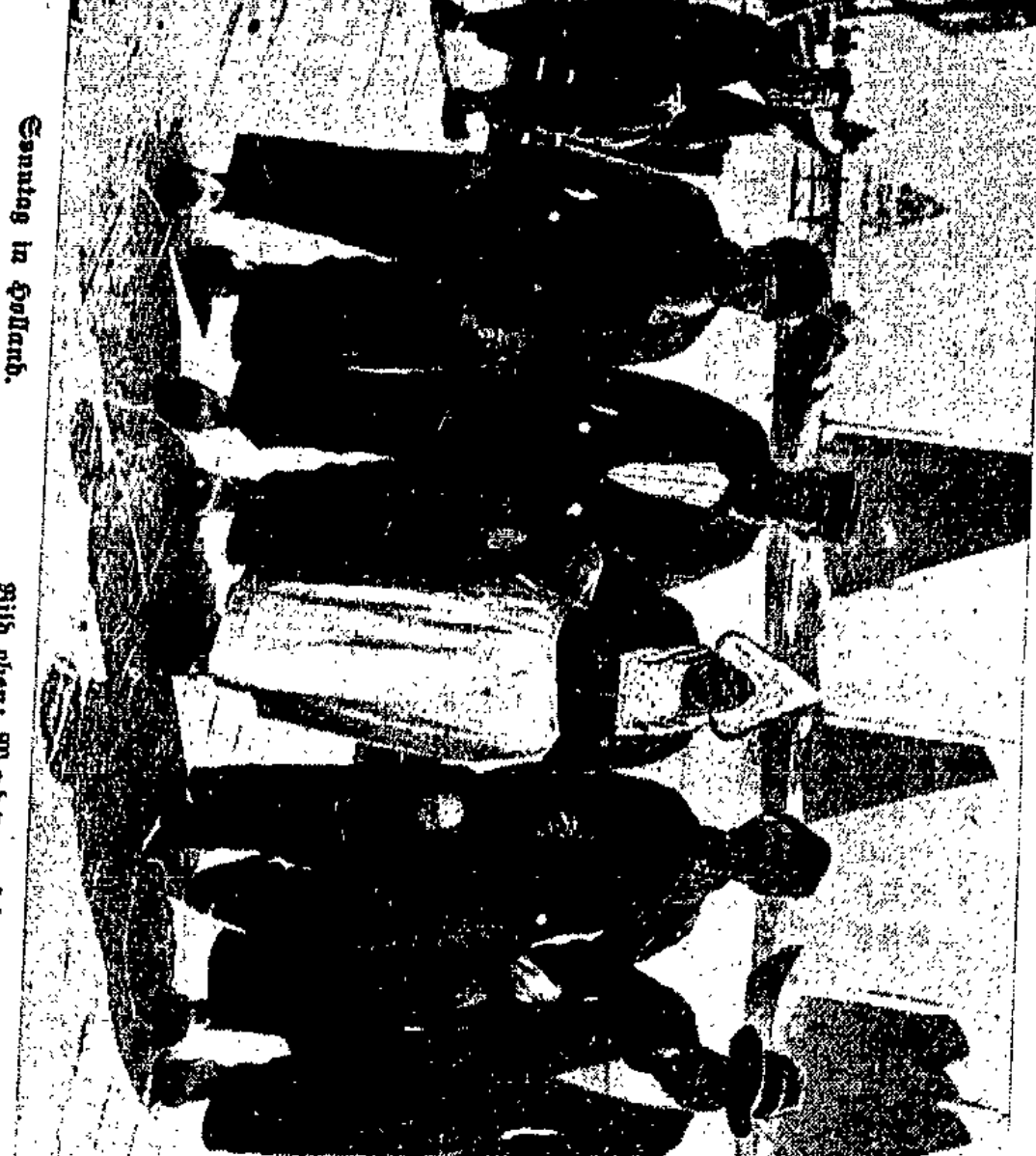




### Die das Brot verteuern . . .

Der sogenannte Bäckerstreik, Sobeskrift für Brotvertierung. Sonstige amtlichen Regierung und Bäckergewerbe wegen des Brotpreises sind in den letzten Jahren sehr häufig gewesen. Allerdings hat man besonders im Winter gegen wuchernde Preise in München Mittel angewandt. Ein gewisses Brot in München wird heute noch der sogenannte „Bäcker im 15. Jahrhundert, solche Bäcker eingepreist wurden, die dem Brot ein zu geringes Gewicht gaben. Mit dem Einpreisen allein wurde es aber nicht getan. Der in den fünf hundertjährigen Kämpfen mit herabgesetzten und so lange unter der Regierung der Regierungsgewaltigkeit einmündig von Salsburg gegenüber. Die bei Brotpreis beratt in die Höhe gedrückt, daß das Brot auch ein und brachte an, jeden Bäcker, der über einen vorgeschriebenen Höchstpreis hinausgehen würde, auf die Flecken zu lassen. Die nahmen. Auch gegen diesen Versuch, kein Gebot zu lassen. Die wachte sich durch, indem er durch Scheraden Gelder zu umgehen, den Städten machen ließ. Wessen Brot als zu leicht befunden wurde, dessen Sorte an Brot und Mehl wurden enteignet und gratis an Bedürftige verteilt.

Einem geschlossenen Bäckerstreik sah sich am Anfang seiner Regierungsgewaltigkeit einmündig von Salsburg gegenüber. Die bei Brotpreis beratt in die Höhe gedrückt, daß das Brot auch ein und brachte an, jeden Bäcker, der über einen vorgeschriebenen Höchstpreis hinausgehen würde, auf die Flecken zu lassen. Die nahmen. Auch gegen diesen Versuch, kein Gebot zu lassen. Die wachte sich durch, indem er durch Scheraden Gelder zu umgehen, den Städten machen ließ. Wessen Brot als zu leicht befunden wurde, dessen Sorte an Brot und Mehl wurden enteignet und gratis an Bedürftige verteilt.



Samstag in Holland.

Wach oben: Wach auf der Straße. Nach Christiens spielt neben Sonntag Zeit die Straßstraße in dem neuen Hofraum. Der schwarze Dufar, der zuerst unter der Regie von Kamprecht in Neudorfberg

Ein seltsames botanisches Ereignis. Im Dresden befinden sich jetzt einige Exemplare der Succubus in voller Blüte.

# STRAUNSLOW

## ILLUSTRIERTE BEILAGE DER VOLKSSTIMME

Druck und Verlag: Dr. Pfankuch & Co., Magdeburg, Str. Mühlstr. 3. Fernsprecher 23861-65. Verantwortl. Dr. Müller Magdeburg.

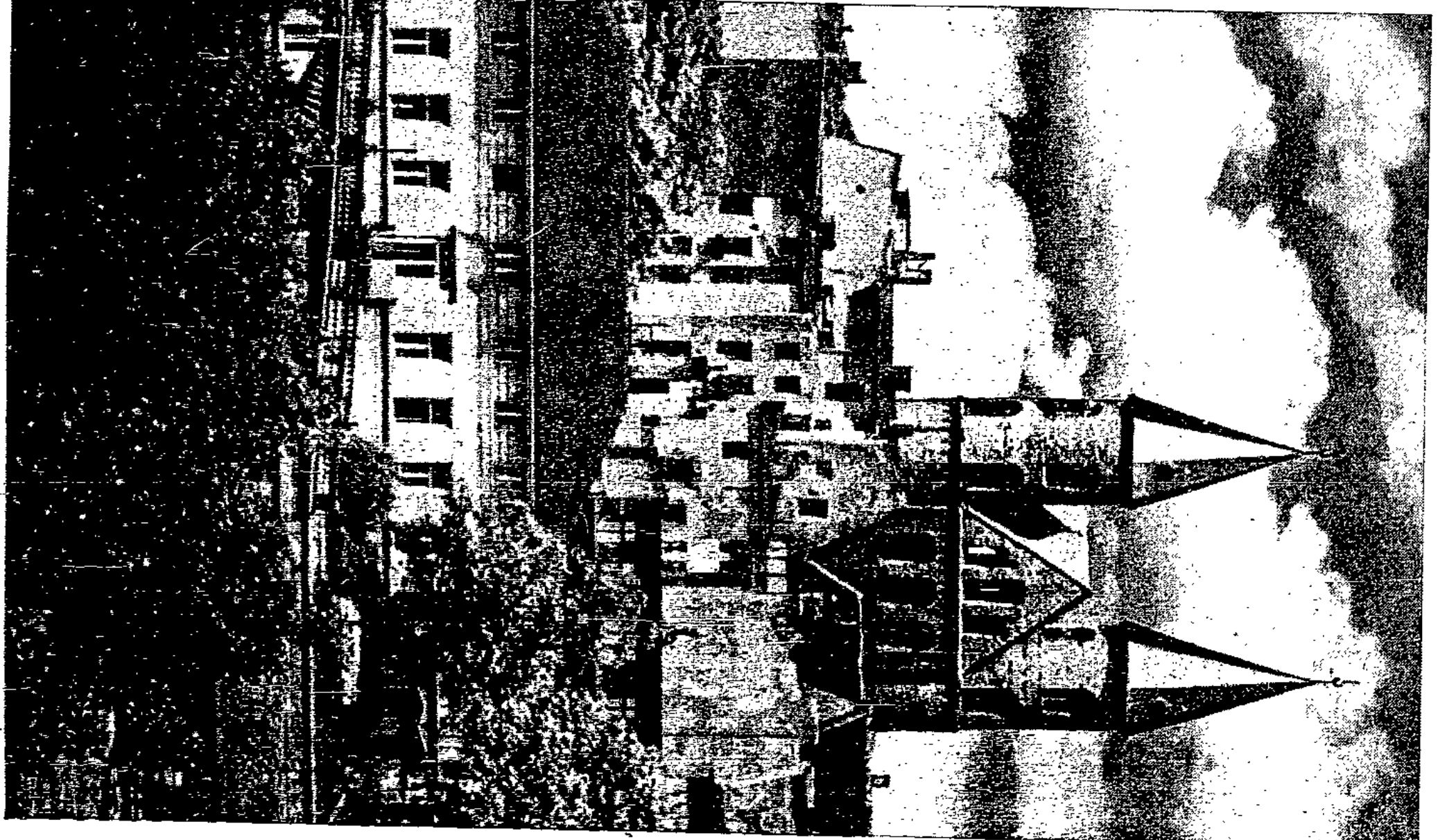
### Magdeburg, wie wir es noch nicht haben

Magdeburgs Bild bekommt durch die alten, meist gotischen Kirchen, die überall die Stadt überragen, sein Gepräge. Aber die Stadt manbelt beinahe ihr Gesicht, wie alte, gekleidete und schöne Menschen, die immer anders aussehen, je nach dem Standpunkt des Betrachters, ihrer eigenen Stimmung, der Beleuchtung, der Tages- und der Jahreszeit. So haben wir auf der Rückseite unserer Blattes und auf Seite 237 einige Aufnahmen, die Magdeburg in eigenen, trüben Bildern zeigen lassen. So werden wenige Magdeburger ihre Stadt schon gesehen haben.

Auf der Rückseite die wohlbekanntesten Formen der ehrwürdigen romanischen Kirche Magdeburgs, der Kirche des Heiligen Ulrich sehen.

Wer hat sie schon einmal so gesehen? Beim flüchtigen Hinsehen möchte man meinen, es sei ein Bild aus einer spanischen Stadt. Wie die starken Linien mit ihren hohen Giebeln und dem feinen Stiegenhaus ausfallen ihnen sind prächtig über die gekrümmten Säulen der Stadt erhaben. Mit Freuden sieht man wohl, daß unsere alte Heimatstadt große Schönheiten aufzuweisen hat, man muß sie nur sehen können, so wie es der Vertreter dieser kleinen Bildes konnte.

Ein zweites Bild bringt uns an die Elbe. Neben Stadtkirche und langgestreckte Schuppen schneit der Wind. Aber all dem Wetter erhebt sich ein unübersehbares Bild, wie es eine Stadt wohl nicht zu erwarten hat. Wie eine große gute Mutter thront die jetzt mondlichterfarbene genannte Kirche über den Stadtgärten. Sie umfängt die gar klein erscheinenden menschlichen Wohnungen mit der notwendigen Hilfe ihres einfachen schieren bunte Daches. Die seltsame Erbsen sich gewöhnlich, ernst aus ihren großen Fenstern schauen. Ein kleines Schindeln nur hat sie hochoben, die seltsame Kirche, ein dünnes abgehobenes Schindeln aus gotischer Zeit. Wir kennen diese große Kirche immer schnell an diesem feinen feinen Schindeln. Das Schindeln von St. Nikolai mit seinen beiden gleichartigen Türmen herabfließend viele wunderbar abgerundete Schindeln dieses Schindeln. Auf einem weiten Bilde erscheint uns noch einmal die Stadtkirche-reformierte Kirche mit ihren kleinen Schindeln. Hier sehen wir noch mehr, wie nahe sie der Elbe liegt. Es sind meist gläserne und schiffähnliche Gebäuften, die sie beständig und betruete. Hier sehen im Vordergrund die Elbe und ein paar recht moderne Schindeln; alles vom Sonnenchein überflutet.



Ein Bild einer spanischen Stadt, sondern Magdeburgs: Kirche des Heiligen Ulrich, großen Gärten.



# Kindererholungsstätte Jungborn

Eine erfolgreiche Maßnahme örtlicher Erholungsfürsorge

Die städtische Gesundheitsfürsorge in Magdeburg hat bereits im Jahre 1931 durch das ständige Anwachsen der Scharen der Wohlfahrtsverwundeten und sonstigen Hilfsbedürftigen starke finanzielle Beschränkungen erfahren. In diesem Jahre steht eine



Das Frühstück mundet prächtig.

noch stärkere Inanspruchnahme der öffentlichen Fürsorge den auch mehr beschnittenen öffentlichen Mitteln gegenüber. Die Folge ist ein starker Abbau aller Fürsorgeleistungen, insbesondere aber der der Erholungsfürsorge für Kinder.

Die Stadt Magdeburg besitzt drei Erholungsheime: Georgenthal in Thüringen, Trassenheide auf Usedom und Bad Salzungen bei Magdeburg, in denen bisher das ganze Jahr hindurch erholungsbedürftige Klein- und Schulkinder für sechs Wochen Aufnahme fanden. Das Heim in Georgenthal muß aus finanziellen Gründen in diesem Jahre geschlossen bleiben, das Heim in Trassenheide kann aus demselben Grunde nicht mehr voll belegt werden. Es mußte sich aber ein Ersatz für die fortgefallenen auswärtigen Kuren finden, und mit Hilfe der Arbeiterwohlfahrt Magdeburg baute man die örtliche Erholung diesem Zwecke entsprechend aus. Auch in der Notzeit, und gerade in der Notzeit muß für die Gesundheit des Nachwuchses gesorgt werden. Das ist eine Forderung der Sozialdemokratie, die jetzt im Rahmen des Möglichen erfüllt wird, und mit verhältnismäßig einfachen Mitteln.

Der „Jungborn“, ein Heim mit schönem Wiesengelände und großen Nebenräumen als Liegehallen, wurde von der Sozialistischen Arbeiterjugend zur Verfügung gestellt. Die Arbeiterwohlfahrt stellte das sämtliche Inventar (Möbel, Geschirr, Liegestühle usw.) und die Küchenversorgung; die Geschäftsführung sowie Helfer und Helferinnen für die Kinder hoben sich auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gefunden. Anfang Juni hat die erste Kur, die jetzt bereits beendet ist, begonnen. Der gute Kurerfolg und die zufriedenen Eltern und Kinder sind den Mitarbeitern für ihre nicht immer leichte Arbeit der beste Dank.

Hier sei ein Tag „Jungborn“-Erholung geschildert. Jeden Morgen um 8 Uhr treffen sich die Kinder der verschiedenen Stadt-

teile an dem Sammelplatz, Endstation der Linie 1 in Sudenburg. Dort werden sie von den Helfern erwartet, und mit Gesang, Lachen und Plänen für den Tag geht es zum Jungborn.

Inzwischen hat die Küchenmutter schon für das leibliche Wohl ihrer vielen Kinder gesorgt, und kaum haben sich alle an die Tische gesetzt, sind auch schon die Schüsseln mit Brot und die Kannen mit Kakao und Milchsuppe zur Stelle. Und dann wird getrunken und gegessen. Man hört zunächst kein Wort, alles ist stark beschäftigt.

Wenn alle hungrigen Mägen gestillt sind, sammeln die Helfer und Helferinnen die nach dem Alter in Gruppen eingeteilten Kinder um sich, und nun geht es auf die Wiese zum frohen Spiel. Morgengymnastik, Freilübungen, Laufen, Springen, Ball- und Kreisspiele, Welch herrliches Leben. Befreies Lachen, freudiges Singen erklingt durch den hellen, sonnigen Morgen. Sind das dieselben Kinder, die noch vor 14 Tagen auf dunkeln Altbahnhöfen und engen schmutzigen Straßen den Erwachsenen mit Kartenspielen und Diskussionen nachschmitten?

Um 12 Uhr stellt man allgemein fest, man hat riesigen Hunger. „Ich esse heute sechs Portionen“, schreit ein Dreifährchen. Ein anderer will sogar den Kessel allein leer essen. Doch dagegen erhebt sich allerorts lebhafter Protest. Was gibt es denn heute überhaupt zum Mittagessen? Vermutungen, Wünsche werden laut. Zuerst müssen sich aber alle Kinder gründlich waschen. Wo nur immer der viele Schmutz herkommt!

Dann begibt man sich schleunigst an seinen Platz. Helfer und Helferinnen tragen die Mahlzeiten auf, welche reichlich sind und gut und kräftig zubereitet werden. Nach dem Essen kommt der wichtigste Teil der ganzen Erholung, die unbedingte Ruhe. Zwei Stunden Mittagsschlaf in den bequemsten Liegegestühlen, wie gut das tut. Den meisten Kindern ist es ein Bedürfnis, zu ruhen. Die etwas unruhigen Geister gewöhnen sich

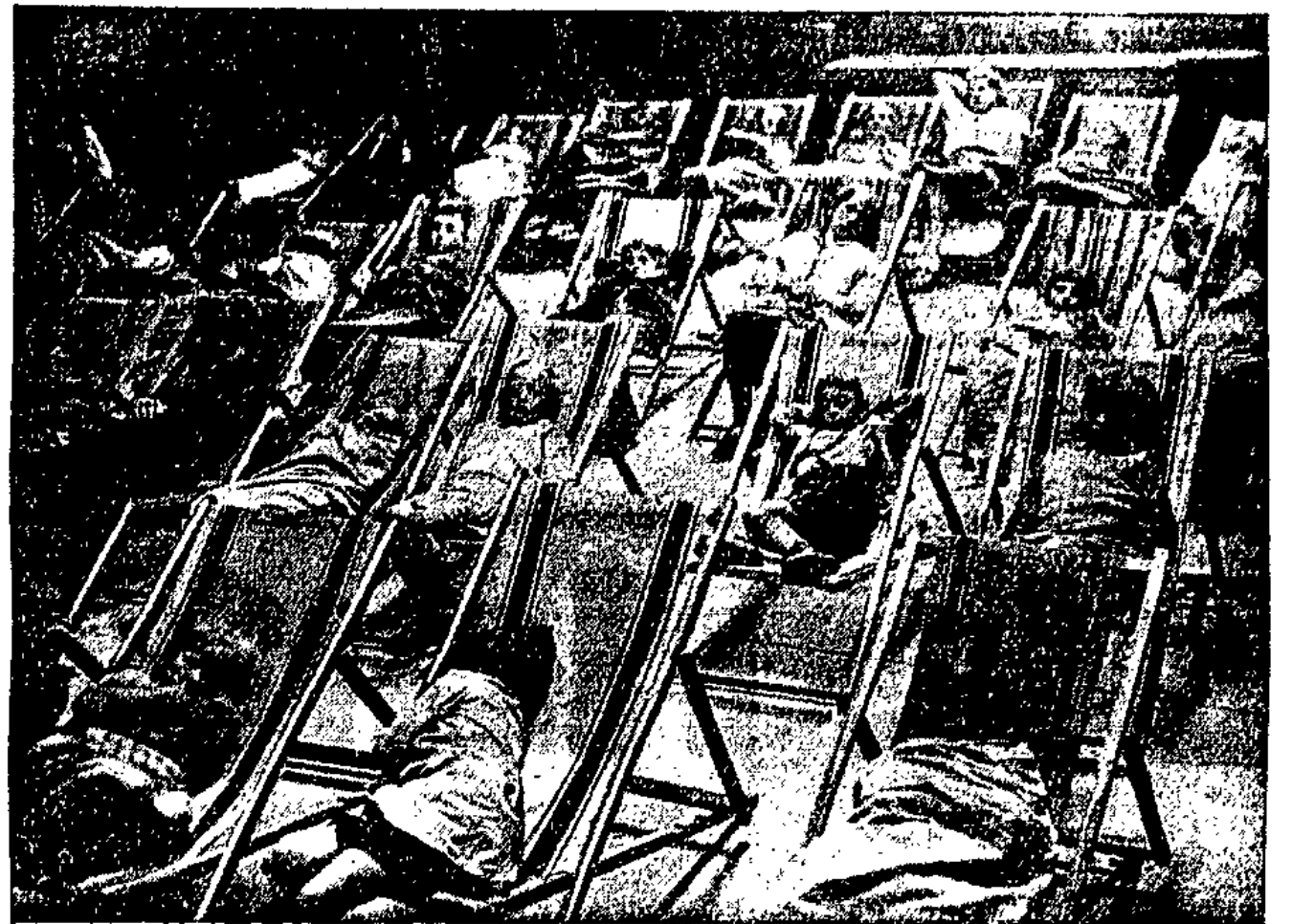
auch daran. Mit frischer Kraft geht es nach der Ruhepause wieder auf die Wiese, oder, wenn es zur Abwechslung einmal regnen sollte, in den Aufenthaltstraum zum Spielen und Basteln.

Nach schnell einer Zwischenmahlzeit — Milch und Butterbröckchen —, denn man will doch tüchtig zunehmen, und dann bleiben noch ein paar Stunden bis zum Abendbrot, die mit Singen, Volkstänzen und den verschiedensten Spielen ausgefüllt werden.



Das Gemüht wird kontrolliert.

Nach dem Abendbrot ziehen die Kinder satt und zufrieden mit ihren Helfern und Helferinnen wieder an den Sammelplatz, ein Teil der Kinder fährt in der Straßenbahn heim. Die in der Nähe wohnenden gehen zu Fuß. Alle aber sinken sie abends befriedigt und angenehm müde ins Bett, um am folgenden Morgen ausgeruht und mit neuer Freude hinauszugehen. M. S.



Die Mittagsruhe in der Liegehalle.

## „Allerlei „Arbeiter“, allerlei „Sozialismus““

Liebe Kampfgenossen!

Es tut sich einmal wieder Allerlei in der großen Politik. Ihr habt alle unter stärkster Enttäuschung miterlebt, wie in Preußen die Regierung gegen Gesetz und Recht mit Gewalt abgesetzt wurde, wie die Reaktion den Hort der Republik, Preußen, unter ihre Fuchtel nahm. Doch von diesen großen politischen Dingen will ich euch heute nichts erzählen. Ich habe die Absicht eine kleine Schau über Dinge zu veranstalten, die man sonst leicht übersieht, die aber doch einer besonderen Aufmerksamkeit wert sind.



Habt ihr es schon erfahren, daß eine ganz besonders „nationale“ Zuckwarenfabrik Hakenkreuzbonsbons in den Handel gebracht hat? Schöne rote runde „Vollchen“ mit weißem Herz und schwarzem Hakenkreuz? Ihr habt's noch nicht gesehen? Nun, die Leitung der Magdeburger S. hat einen ganzen Waggon voll davon bestellt. Er ist inzwischen 1/2-pfundweise an die S. -Helden verteilt worden, die jetzt mit Wonnen Hakenkreuze lutschen. Sie empfinden das als eine sehr erfreuliche Beschäftigung, während sie zu Hause sitzen und über die ungeheure erfolgreiche Propaganda der Eisernen Front ihren nicht gerade optimistischen Gedanken nachhängen.

Anscheinend war solches Stimulans für die tapferen Brauhelden nach den verschiedenen kläglichen Aufmärschen dringend erforderlich. Ein Gaußturnbefehl der Gruppe Mitte, zu der als Untergruppe Magdeburg-Anhalt gehört, hat folgenden Wortlaut:

Jeder P. hat in der Öffentlichkeit jederzeit unser Partebonbon in Munde zu führen und auf Befehl vorzuweisen. S. und S. stellen mit sofortiger Wirkung Bonbonkontrollstaffeln, die die Durchführung Meines Befehls zu überwachen haben. gez.: v. Tsch.

Mit diesem Mittel soll auch eine Belebung der deutschen Bonbonindustrie erreicht werden. Man will damit die „marxistischen Lügen“ von der Schädigung der Wirtschaft durch die Nazibewegung widerlegen. Doch es soll noch viel mehr geschehen auf diesem Gebiet. Gleichzeitig soll damit für die Hakenkreuz eine in jeglicher Beziehung richtige „Bewegung“ beim deutschen Volke propagiert werden. Demnächst werden an Stelle der so stark an den Sowjetstern erinnernden Sternchenmüden Hakenkreuzmüden auf den Markt geworfen. Damit werden endgültig die altsittlichen Symbole der Sterne aus den deutschen Nagen und Därmen verbannt. Und das Hakenkreuz wird endlich den Weg gehen, den alles Verdäuliche zu gehen bestimmt ist. — Heil Hitler! Und das alles im Zeichen des National-„Sozialismus“.

Doch, nun Spaß beiseite, liebe Freunde. Es gibt da z. B. eine nationalsozialistische Betriebszellenorganisation. Sie hatte in Duda eine Versammlung. Wie das Naziblätchen schreibt, war der Saal „überfüllt“. Dieser „Saal“ war aber nur ein kleines

Vereinszimmerchen. Und wie ich ganz zuverlässig erfuh, waren 80 bis 100 Leuten dort versammelt. Ein Lokomotivheizer Müller aus Dessau schimpfte gewaltig auf die Sozialdemokratie. Er ist dazu gerade besonders geeignet, denn einmala war er Kommunist und nahm an einer Rußlanddelegation teil. Dieser Mann wagte zu behaupten, die Nazis seien nicht gegen die Gewerkschaften, nicht gegen den Streik und nicht gegen die Sozialversicherung. Vielleicht glaubt er diesen Schwindeln tatsächlich selbst. Das geheime Mundschreiben des Berliner Nazigauleiters, das die „Volksstimme“ geteilt verbreitete, sollte diesen und recht viele andre Arbeiter über den wahren Charakter der Nazis aufklären.

Dieser Lokomotivheizer aus Dessau brachte es auch zu folgendem Satz:

Adolf Hitler will dem deutschen Arbeiter helfen, weil er selbst Arbeiter ist und die Not des Proletariats am eignen Leibe kennengelernt hat.

Der „notleidende Proletarier“ Hitler, von dessen „Kaiserhof“-Rechnungen man weiß, macht sich besonders gut, wenn man folgende list: „Zur Hitler-Rundgebung in Dessau am 23. Juli können noch Karten abgegeben werden zu 5 Mark, 3 Mark, 2 Mark, 1 Mark und Stehplätze zu 50 Pfennig. Der „Arbeiter“ Hitler läßt sich also bis zu 5 Mark Eintrittsgeld für seine Verammlung zahlen. 50 Pfennig ist das billigste. Das zahlen auch die Arbeitslosen und die Proleten, denen er den Lohn abbauen half. Im übrigen scheint es mit dem Andrang zu dem Hitler-Mummel in Dessau nicht weit her zu sein, denn noch am Donnerstag bot man die Karten aus wie Sauerbier.

Als „Arbeiterfreunde“ und als „Sozialisten“ maskieren sich jetzt nicht nur die Nazis. Selbst Eugen Berg ist schon für den Sozialismus. Das habt ihr noch nicht gemerkt? Nun, neulich hat es eine deutschnationale Größe in Magdeburg verkündet. Ein Fräulein v. Poremsky sprach diese Weisheit aus: „Wenn der Staat gleichsam nur das Gewissen des Volksganges ist, dann gewinn die Arbeit wieder einen tiefen Sinn und wird freudig geleistet. In der freien Entwicklung des Menschen zeigt sich dann der wahre Sozialismus, wie ihn Eugen Berg seit Jahren fordert.“

Was willst du mehr, mein Schatz? „Seit Jahren“ fordert Eugen Berg den wahren Sozialismus, und wir haben nichts davon gemerkt! Es wird höchste Zeit, dem „Sozialisten“ Eugen Berg einen Ehrenplatz neben den „großen Sozialisten“ Hitler, Goebbels, Fried usw. einzuräumen. Jetzt warten wir bloß noch auf den Tag, wo v. Papen, v. Gahl, v. Schleicher und das ganze Kabinett der Hitler-Barone evakuiert, sie seien „seit Jahren“ überzeugte Sozialisten und alles, was sie tun, auch der Streich gegen Preußen, geschehe im Namen des Sozialismus. Glaubt ihr, liebe Freunde, daß es Leute geben würde, die das glauben? Es gibt zuviel von der Sorte, die nicht alle werden.

Ihr wißt das ebenso wie ich. Ihr habt euch in meinem Bemühen, die Wahrheit zu verbreiten, kräftig an meine Seite gestellt.

Den Feind, den wir am meisten hassen, das ist der Unverstand der Massen!

Dieser Parole unsers alten Kampfliedes gemäß gilt es auch gegen den Schwindler der „sozialistischen“ Nazi- und Eugen Bergbarone ins Feld zu ziehen, gegen die „Arbeiter“ vom Saal eines Hitler. Aufklärung verbreiten, Wahrheit verkünden, das ist die Aufgabe der kommenden Woche, der letzten vor dem 31. Juli. Die Schlammflut der Lügen muß hinweggefegt werden durch das reinigende Gewitter, das am Abend des 31. Juli mit einem Siege der Sozialdemokratie aus der Wahlurne heraufzieht. Daß es so sein möge, das wünscht mit euch von ganzem Herzen

Der Schwarze Mann.

### Gib die gelesene Zeitung weiter!

Das ist in Zeiten politischer Hochspannung dringend notwendig. Tausendfach noch ist es jetzt im größten aller Wahlkämpfe. Es gilt, mit allen Mitteln und mit aller Kraft für die Sozialdemokratie zu werden. Eins der wichtigsten Propagandamittel ist und bleibt die sozialdemokratische Tageszeitung.

Frauen und Männer von der Eisernen Front! Genossinnen und Genossen! Erfüllt die kleine Pflicht, eure Zeitung an Nachbarn, Freunde und Bekannte weiterzugeben.

Millionen lesen in Deutschland die sozialdemokratische Tageszeitung. Wenn diese Millionen alle im Wahlkampf ihre Zeitung weitergeben, dann leisten sie eine gewaltige politische Aufklärungsarbeit, die durch nichts übertroffen werden kann.

Leserinnen und Leser! Freundinnen und Freunde! Ihr alle könnt in diesem gigantischen Kampf für den Sieg der sozialistischen Sache kämpfen. Wer nicht reden kann, wer nicht auf den Gegner trifft, der hat seine sozialdemokratische Zeitung, die er zur Aufklärung weitergeben kann. Diese Arbeit kann und muß von jedem und von jeder vollbracht werden.

Niemand stehe nach! So können alle helfen, den volksfeindlichen Gegner niederzurufen. Gebt im entscheidenden Wahlkampf, gebt heute schon eure Zeitung zur Aufklärung weiter und auch ihr könnt sagen: Wir sind dabei gewesen, als es galt, die Volksfeinde zu vernichten. Die Macht dem Volke, nicht den Hitlerbaronen! Schafft Aufklärung im Volke. Schon lügen die Nazis, daß sie nichts mit der Papenregierung zu tun hätten. Fest steht, daß ohne Nazis diese Regierung nie möglich gewesen wäre.

Schafft Aufklärung! Gebt eure Zeitung weiter! —



### Nazis luchen Dumme

In Ströbeck im Kreise Halberstadt ist in den letzten Tagen ein Handzettel folgenden Inhalts verbreitet:

An alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer Ströbecks!

Der von den Sozialdemokraten und dem Zentrum gewählte Reichspräsident v. Hindenburg hat die neue Reichsregierung ohne Hitler gebildet! Der neue Kanzler v. Papen hat es für richtig befunden, die Drüning'schen Notverordnungen fortzusetzen und uns Arbeiter zu Steuerhöhlen zu machen.

Gerade der landwirtschaftliche Arbeiter, der immer den geringsten Lohn erhalten und die Erwerbslosen-Fürsorge am wenigsten in Anspruch genommen hat, soll jetzt herhalten! Wir nationalsozialistischen Arbeitgeber werden die Arbeitslosenhilfe vorerst nicht wieder erheben, da wir annehmen, daß mit dem 31. Juli diese Ungerechtigkeit genau so wie die Kürzung der Invalidenrente mit der Regierung v. Papen verschwinden und an ihre Stelle der Nationalsozialismus mit gerechten Maßnahmen treten wird.

gez. Rahmann, Mehne, Lehmann.

Die drei Unterzeichner des Handzettels sind nationalsozialistische Landwirte und, was besonders interessant ist, der letzte Unterzeichner, Lehmann, ist Nazi-Abgeordneter des Preussischen Landtags. Geradezu rührend ist es, mit welcher Besorgnis diese nationalsozialistischen Unternehmer für die Arbeiter erfüllt sind. Man rückt von den Notverordnungen der Barons-Regierung ab, derselben Regierung, die von Hitler und seiner Partei toleriert, geküßt und unterstützt wird, von derselben Regierung, die alle Wünsche und Forderungen der Nazi-Partei bisher erfüllt hat.

Warum, ihr Nazi-Unternehmer, habt ihr den Einfluß eurer Partei nicht aufgeboten, um die Hunger-Notverordnung des Barons-Kabinetts zu verhindern? Ihr müßt es doch können, die ihr euch doch — siehe „Völkischer Beobachter“ vom 24. 6. 1932 — damit brüsten, daß hinter dieser Regierung von Papen die ganze nationalsozialistische Partei Deutschlands stünde!

Glauben denn die Nazi-Unternehmer wirklich, daß auch nur ein einziger Arbeiter, eine einzige Arbeiterin in Ströbeck oder sonstwo diesen plummen Schwindel glauben würde? —

### Ein Naziflugblatt zerpfückt

Mit welchen Mitteln die Nazis es noch immer wagen, auf dem flachen Lande Dumme zu fangen, geht besonders deutlich aus einem Flugblatt hervor, das in diesen Tagen unter den Landarbeitern und Kleinbauern verteilt worden ist. Dieses Flugblatt beginnt ausnahmsweise mit einer wahren Tatsache. Es heißt darin:

„Landarbeiter! Seit 1919 genießt du die Koalitionsfreiheit; hast eigne Lohnsätze mit Deputat- und Arbeitszeitreglung, Urlaubbestimmungen. Du hast deine eigne Landrentenrentenverwaltung und noch viele, viele soziale Errungenschaften geschenkt bekommen!“

Na also! Endlich mal ein wahrer Satz unter all dem nationalsozialistischen Lügengegeschwafel! Sozialdemokraten waren es, die diese sozialen Errungenschaften durchgesetzt haben. Dann aber heißt es weiter:

„Wo bleiben aber die Zusagen, daß auch dir die Möglichkeit der Siedlung werden sollte, wo hat man dir endlich ein eignes Heim erbaut!“

Diese Frage wagen dieselben Nationalsozialisten an die Kleinbauern zu richten, deren Gefinnungsgenossen in Meudel den Reichspräsidenten dazu überredet haben, Brüning zu betabschieden, weil er die 3000 bankrotten Mittergüter in Siedlungsland aufteilen wollte! Und weiter heißt es in dem Naziflugblatt:

„Verspißt du etwas vom Schutze gegen die Arbeitslosigkeit? Mannißt du mit den heutigen Unterstützungsgeldern deine Familie satt machen?“

In den offiziellen Erklärungen zum Programm der NSDAP (S. 10) aber hat der Programmpapst der Nazis, der Reichstagsabgeordnete Feber, die Sache niedergeschrieben:

„Es ist nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren“ und „Wenn der Staat finanziell an der Frage der Arbeitslosenversicherung scheitert, so haben wir dafür nur ein Achselzucken“.

Dann fährt das Flugblatt fort:

„Nur wenn du deutsch denkst und fühlst, mitschlägst für die Brechung der Zinsknechtschaft, für die Zerbrechung der goldenen Sklavenfessel, alsdann wird sich uns allen das Tor der Freiheit wieder öffnen und ein wahrer deutscher Sozialismus möglich sein.“

Welch schöner Satz! Was aber die nationalsozialistischen Führer in Wirklichkeit von der Brechung der Zinsknechtschaft halten, das hat Dr. Goebbels dem früheren nationalsozialistischen Leutnant Scheringer verraten. Wie dieser vor dem Reichsgericht ausfragte, hat ihm Goebbels auf einer Meise nach München gesagt:

Drei Pfeile seien dein Begleiter,  
Eiserne Front, marschiere weiter!

„Ach, das mit der Brechung der Zinsknechtschaft, das ist ja so ein febrilcher Ansturm, bei dem nur der das Brechen kriegt, der das lesen muß!“

Und schließlich heißt es in dem Naziflugblatt: „Schaut nach Thüringen, Braunschweig, Anhalt, Oldenburg, fraget den Koburger Arbeiter, ob und wie die Nationalsozialisten regieren können.“

Warum fehlt in dieser Aufzählung Mecklenburg, wo doch auch die Nazis zur Macht gekommen sind? Weil in Mecklenburg die Landarbeiter und Kleinbauern das wahre Gesicht der Nazis zu sehen bekommen haben. Solange in Mecklenburg die Sozialdemokraten an der Macht waren, war die Grundsteuer nach der Größe des Besitzes gestaffelt. Jetzt, wo die Nazis Mecklenburg beherrschen, ist diese soziale Staffelung aufgehoben worden, so daß der Kleinbauer jetzt drei- bis viermal mehr zahlen muß als bisher. Und wenn die Landarbeiter und Kleinbauern wirklich einen Koburger Arbeiter fragen könnten, dann würde der ihnen die Wahrheit über Koburg sagen: Jahrelang haben die Nazis in Koburg eine verantwortungslos gewirtschaftet getrieben und sich damit gerühmt, daß sie keine Bürgersteuer eingeführt haben und daß alle andern Steuern außerordentlich niedrig waren. Bis es dem bairischen Staate zu bunt wurde und er Koburg die Sperrung der Staatszuschüsse androhte, wenn nicht endlich Ordnung geschaffen würde. Da haben sich plötzlich die Nazis schrecklich beeilt, die Bürgersteuer und alle andern Gemeindesteuern mit höheren Sätzen als in andern bairischen Städten einzuführen und die W o h l f a h r t s -

unterstützung rücksichtslos zu kürzen, so daß das ganze Lügengebäude vom Koburger Steuerparadies schmächtig zusammengeklirrt ist.

Was die Nazis in Wirklichkeit mit den Kleinbauern vorhaben, das zeigt unwiderleglich die erste Notverordnung der Regierung der von Hitler gebildeten Barone: Solange die Sozialdemokratie die Regierung Brüning tolerierte, waren die Kleinbauern bis zu 5000 Mark Umsatz von der Umsatzsteuer befreit. Seitdem Hitler die Regierung der Junker und Schlotbarone toleriert, ist diese Befreiung aufgehoben, so daß auch die kleinen Landwirte 2½ Prozent von ihrem Umsatz zahlen müssen. —

### Lohnabbau und Landwirtschaft

Mit den Löhnen auch das Einkommen der Landwirtschaft gesunken.

Die Nazis behaupten, daß die Marxisten auch an der Agrarkrise schuld sind. Wenn der Bauer für viele Erzeugnisse unzureichende Preise erhält, dann machen die Nazis in ihren Wahlreden ausgerechnet die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften dafür verantwortlich. Das ist ausgemachter Blödsinn, aber es gibt Dumme genug, die den Blödsinn glauben.

Nun hat das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel eine Zusammenstellung herausgebracht, die zeigt, wie sehr die Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel, also fast ausschließlich für Produkte, die die deutsche Landwirtschaft erzeugt, vom Volkseinkommen abhängen. Wir geben diese Tabelle wieder:

	1920	1930	1931
	(in Milliarden Mark)		
Volkseinkommen insgesamt	76	60	55
dabon wurden für Nahrungsmittel ausgegeben	30	27	24

Nach dieser Aufstellung, der amtliches Material zugrunde liegt, hat sich das Volkseinkommen von 76 Milliarden im Jahre 1920 auf 55 Milliarden im Jahre 1931 vermindert. Diese Verminderung kennzeichnet den ungeheuren Lohn- und Gehaltsabbau, der in Deutschland unter Druck der Nationalsozialistischen Partei erfolgte. Ohne die Hitlerbewegung hätte die Groß- und Schwerindustrie diesen Lohnraub nicht durchführen können.

Sehen wir uns nun die Auswirkungen des Lohnraubs auf die Einnahmen der Landwirtschaft an, die sich in den Ausgaben der Bevölkerung für Nahrungsmittel darstellen. Parallel mit dem Lohnraub bei Arbeitern, Angestellten und Beamten läuft eine Verminderung des Einkommens der Landwirtschaft. Das landwirtschaftliche Einkommen ging in derselben Zeit von 30 auf 24 Milliarden zurück.

Das sind die Auswirkungen der Hitlerischen Politik auf die Landwirtschaft. Der Arbeiter kann nur dann bessere Preise für Nahrungsmittel bezahlen, wenn er anständige Löhne erhält. Arbeiternot ist Bauerntod! Wählt Liste 1. —

# Die richtige Zeitung

muß man heute lesen. Alle bürgerlichen Zeitungen fast ohne Ausnahme — auch die sogenannten unparteiischen Blätter — nehmen immer Partei gegen die Eiserne Front.

Einer einzigen Zeitung der Eisernen Front im Magdeburger Land stehen rund 50 Zeitungen gegenüber, die den Hitlergarden helfen und immer gegen die Eiserne Front zu wirken versuchen.

Am gefährlichsten von diesen 50 Feinden der Eisernen Front sind die sogenannten „Neutralen“. Das sind die Wölfe im Schafspelz, die von der Gutmütigkeit der Republikaner leben und stets in der entscheidenden Stunde sich gegen die Republikaner wenden.

Kampfgenosse, Republikaner! Im Magdeburger Land gibt es nur ein Blatt der Eisernen Front.

das ist die

# VOLKSSTIMME

